B 3840 F
9. Jahrgang · 1/86
28. Februar 1986

LUFT pumpe

DM 2,—

Zeitung zur Emanzipation Behinderter und Nichtbehinderter

Schule für alle

Rollstuhlfahrer im Bundestag

Dieter Hildebrandt

exclusiv: Briefwechsel mit der AW »Scheibenwischer-Altenheime«

Foto: Petra Schramek

In eigener Sache:

Die Kölner Redaktion ist neu entstanden und hat am 1.2.1986 einseitig beschlossen: Die nächste Ausgabe dieser Zeitung heißt **Zyklon B** = Giftgas, mit dem im 3. Reich Juden, Behinderte und andere dem damaligen Regime mißliebige Menschen ermordet wurden.

Redaktion Köln

Als im März 1978 einige Mitglieder des CeBeeF Köln die LUFTPUMPE gründeten, dachte wohl keiner daran, daß diese Zeitung eine für solche Projekte immerhin ungewöhnlich hohe Lebensdauer von 8 Jahren erreichen würde. Die Zeitung wurde nicht als übliche Klubzeitung geplant und entwickelte sich rasch zum überregionalen Organ einer aktiven Behindertenbewegung. Nicht nur dies, mit zahlreichen Artikeln und Beiträgen trug die LUFTPUMPE ihren Teil zur Entwicklung dieser Bewegung bei. Regionalredaktionen in Frankfurt, München und Berlin entstanden, der Widerstand gegen das internationale Jahr der Behinderten stellte gewissermaßen für die Bewegung wie für die Zeitung einen Höhepunkt und rückblickend betrachtet auch einen Wendepunkt dar. Danach ließen die Aktivitäten mehr und mehr nach.

Und mit den abnehmenden Aktivitäten der Bewegung ließ auch der Schwung und die Durchschlagskraft der Zeitung nach: Hätte nicht die Münchner Redaktion mit großer Energie am Weiterbestehen der Zeitung gearbeitet, wer weiß, was aus der LUFTPUMPE geworden wäre.

Heute fast genau 8 Jahre nach Gründung der LUFTPUMPE zeichnet sich ein weiterer Wendepunkt ab: Während so mancher pessimistische Geist vom Niedergang der Bewegung spricht, die Behindertenbewegung für tot erklärt wird, ist es wohl an der Zeit festzustellen, daß die Bewegung sicherlich nicht tot ist, aber daß deren Qualität sich verändert hat. Dieser Veränderung wird sich die LUFTPUMPE anpassen: Neben der spontanen und eher laienhaften Begeisterung fordert die Zukunft beharrliche und professionelle Arbeit, der Emanzipationsgedanke muß einem größeren Leserkreis erschlossen werden, die Zeitung muß wirksamer werden.

Ein solches Konzept erfordert neue Strukturen und — als äußeres Zeichen — einen neuen Namen. Neue Mitarbeiter müssen gewonnen werden, die Amateurzeitung LUFTPUMPE muß sich zu einem „Profi"-Blatt entwickeln und dies, ohne daß die bisherigen Ansprüche aufgegeben werden. Dieser Weg wird in den nächsten Ausgaben einige Veränderungen der LUFTPUMPE mit sich bringen. Und er erfordert die konstruktive und kritische Mitarbeit aller, denen an einer Entwicklung der Bewegung gelegen ist. *Redaktion Köln*

Redaktion Berlin

Zyklon B - ist das eine Zeitung der Wikingjugend oder die der Wehrsportgruppe Hoffmann?

Oder ist das etwa die „Zeitung zur Emanzipation Behinderter und Nichtbehinderter"?

Das waren unsere ersten Gedanken, die uns durch den Kopf schossen, als wir erfahren haben, daß die LUFTPUMPE demnächst „Zyklon B" heißen soll. Wir, die Interessengemeinschaft, sind einstimmiger Auffassung, daß der Verkauf dieser Zeitung mit dem Aufruf „Leute, kauft Zyklon B!" nicht nur eine Zumutung ist, sondern eine Gefahr darstellt. Hiermit wird der Schrecken abgenutzt und zur banalen Normalität abgestumpft. Es kann doch wohl nicht unser Ziel sein, unbewältigte und darum auch immer wiederkehrende unmenschliche und vernichtende Mechanismen auf solche Weise zu enttabuisieren, daß dies geradezu zum Mißbrauch auffordert. Das würde eine Freigabe für Politiker und Konsorten bedeuten, uns in die Pfanne zu hauen und dies auch noch salonfähig zu machen. Die Folgen daraus sind bekannt. Das wäre bewußtes Verhindern und Unmöglichmachen einer wirklichen Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit, die immer noch aussteht.

- *Wir protestieren hiermit schärfstens gegen diese absurde Idee, die LUFTPUMPE in „Zyklon B" umzutaufen!*
- *Wir verstehen unsere Arbeit als konstruktive, kämpferische, emanzipatorische und verändernde Arbeit und wollen dies auch in unserer Zeitung wiederfinden und vermitteln!*
- *Wir fordern Euch dazu auf, mit der Namensgebung zu warten, bis ein anderer Name zur Debatte steht, mit dem wir uns identifizieren können! Zyklon B ist eine Negativdefinition und würde eine Negativhaltung in der Öffentlichkeit fördern, die wir nicht vertreten können und uns keine Perspektive für unsere Arbeit läßt!*
- *Wir brauchen wohl nicht zu betonen, falls es bei diesem Namen bleiben sollte, daß wir dann unsere redaktionelle Mitarbeit beendigen!*

Abschließend einige Vorschläge, die wir uns spontan ausgedacht haben:

z.B. **ZOFF** *oder* **VOLLTREFFER**.

Dann fiel uns noch folgendes ein:

COUNT DOWN *(kurz vor dem Abschuß der Raketen)*

oder

CRUTCH HOUR *(Krückenstunde)*

Das sollen nur schon mal ein paar Beispiele sein, um einfach zu zeigen, daß es andere und fetzigere Möglichkeiten gibt, einen passenden Titel zu finden. Vielleicht schicken wir Euch noch mehr. Aber jetzt ist erst mal Schluß. *Redaktion Berlin*

Redaktion München

Die Kölner Redaktion ist neu entstanden, was auch gleich seine Spuren hinterläßt. Z.B. erscheint deshalb diese LUFTPUMPE mit 4 Wochen Verspätung. Als nächstes werden in ihrer »Eigenen Sache« sofort ein neues Konzept, neue Mitarbeiter und ein neuer Name angekündigt, der „Zyklon B" sein soll und mit dem die Leserinnen und Leser das nächste Mal überrascht werden sollten.

Neues Konzept? Das neue Konzept mit demselben Inhalt plus einige Verbesserungen im Bereich Informationen ist nichts Neues. Neu ist nur, die LUFTPUMPE soll eine „Profi(t)"-Zeitung werden.

Die Luftpumpe ist schon lange keine Amateurzeitung mehr. Die LUFTPUMPE ist jetzt schon „gekonnt professionell" gemacht von Mitarbeitern, die ohne Bezahlung arbeiten. Das Konzept der Münchner Redaktion ist vom Inhalt her in den LUFTPUMPEN des Jahres 1985 zu finden und von der Gestaltung her in den letzten zwei Zeitungen von 1985 und besonders in dieser vorliegenden Ausgabe. Das Konzept der „Münchner" ist offen für Veränderungen und Verbesserungen, für mehr Aufmüpfigkeit und vor allem für Zusammenarbeit mit mehreren autonomen Redaktionen, wie die faire Zusammenarbeit mit den Berlinern zeigt.

Neue Mitarbeiter? Neue Mitarbeiter sind jederzeit willkommen, aber die Mitarbeiter in München sind nicht bereit, sich von den „Kölnern" und ehemaligen Mitarbeitern der verstorbenen „Krüppelzeitung" aus der Mitarbeit bei der LUFTPUMPE verdrängen zu lassen. Wir Münchner haben durch unsere Arbeit und unser Engagement die LUFTPUMPE weitergeführt, als die Kölner aufgeben wollten. Mit viel Mühe haben wir Münchner die LUFTPUMPE saniert und speziell mit LUFTPUMPE Nr. 5 und 6/1985 gezeigt, was es heißt, in alleiniger Regie eine gute Zeitung zu machen.

Es ist eine unangebrachte Anmaßung der Kölner Redaktion zu meinen, die LUFTPUMPE sei ihre Zeitung. Die Kölner haben zwar 1978 die LUFTPUMPE gegründet, sie aber 1983 verkommen lassen und 1984 verwahrlost kurz vor ihrem Ende Stück für Stück uns Münchnern überlassen. Nachdem es uns 1984 und 1985 gelang, der LUFTPUMPE ein neues Leben zu geben und sie auch wieder regelmäßig erscheinen zu lassen, sind wir 1986 nicht bereit, die LUFTPUMPE kampflos sterben zu lassen.

Inzwischen haben wir die LUFTPUMPE in München professionell hergestellt; die letzte Profi-Lücke, das Layout, ist geschlossen (vgl. dieses Heft „Redaktion München").

Wir hoffen, daß uns viele Leserinnen und Leser unterstützten, wenn wir die „alte" LUFTPUMPE weitermachen wollen. Nachdem einige der LUFTPUMPE vergleichbare Zeitungen gestorben sind oder dahinsiechen, soll wenigstens die LUFTPUMPE eine Zukunft haben.

Neuer Name? Diese Diskussion ist wahrscheinlich so alt wie die LUFTPUMPE. Wir sind der Meinung: Über eine Namensänderung dieser Zeitung müssen die Leserinnen und Leser entscheiden. Jetzt gibt es den Kölner Vorschlag: Zyklon B. Die Münchner Redaktion lehnt diesen Namen grundsätzlich ab, aber die Leserinnen und Leser der LUFTPUMPE sollen entscheiden.

Wir fordern alle auf, sich an der Entscheidung über den Namen dieser Zeitung zu beteiligen. Bitte benützen Sie möglichst den unten vorgedruckten Stimmzettel.

Redaktion München

Name: .....

Straße: .....

Ort: .....

Bitte mit 0,60 DM frankieren

Leserumfrage:

Wie soll die LUFTPUMPE zukünftig heißen?

○ Luftpumpe
○ Zyklon B
○ .....
(eigener Vorschlag)

Werner Spring

Barlachstr. 30

D-8000 München 40

Bundesweiter Zusammenschluß der Behinderten- und Krüppelinitiativen

Aktion im Deutschen Bundestag

1. Er ist erdrückend groß, der Plenarsaal des Bundestages. Wir sitzen aufgeschnürt zwei Meter hinter der letzten Bankreihe. 12 Verwegene, deren etwas feuchte Hände die gleichmütige Ruhe ihrer Rollstühle umklammern.

   Weit, weit vor uns, über den fast menschenleeren Plenarsaal hinweg, redet ein Mensch auf eine Handvoll Abgeordneter ein. Sie helfen wacker, die Situation nicht ganz zur Farce werden zu lassen: Sie harren aus.

   Links und rechts auf den Emporen, die Zuschauer. Ihnen wird die Achtung vor diesem Hohen Haus in Lethargie umgewandelt. Als sie ausgetauscht werden, wissen die Gehenden: Hier wird absolut nicht beschlossen, was hinter verschlossenen Türen nicht schon längst entschieden wurde. Von wem? Wer will das sagen — öffentlich.

   Unser Tagungsordnungs-Punkt ist noch lange nicht dran.

   Unser Punkt, das ist das Pflegegesetz, das DIE GRÜNEN heute einbringen, und das in etwa einer Stunde mit Pauken und Trompeten abgeschmettert werden wird. Wir haben ein paar eigene Töne eingestimmt.

2. Meine Spannung schwindet, als ich in Gedanken uns in den LP-Redaktionsräumen sehe. Wir üben immer wieder den Ablauf unserer Aktion, ändern ihn ab, benörgeln und verbessern. Rolf und Alfred fahren links in den Außengang, Horst fährt rechts.

   Versehen mit Transparenten werden sie versuchen bis vorn an's Redepult zu gelangen. Aber hauptsächlich sollen sie die Ordnungshüter auf sich ziehen. Der Hauptteil soll im Mittelgang ablaufen. Vorn in Monikas Elektrorollstuhl ist das Megaphon gut getarnt, dahinter sitze ich, spreche in's Mikrophon und erkläre uns. Hinter mir hat Gisel in ihrer Rückenrolle ein Transparent verstaut. Detlef, Carsten, Renate, Gerd, Heino und Manuela sollen es über ihre Köpfe hinweg entrollen, so daß unser Spruch zu sehen ist: „WIR WOLLEN DIESES GESETZ! MACHT KEINE ANSTALTEN!"

   Die beiden Elektrorollstühle vorn und hinten werden in dem schmalen Mittelgang wie Korken wirken. Es wird lange dauern, bis man uns abgeräumt hat. Der Vorsitzende wird die Sitzung unterbrechen müssen, das ist unsere Absicht.

   Oben auf den Emporen werden Elke, Oliver, Plummy, Carmen, Claus und Sabine versuchen, Transparente und Flugblätter öffentlich zu machen. Wir üben das alles.

   Das Training ist zuviel für Manuelas E-Stuhl-Schlüssel. Er bricht ab. Gelächter, Basteln, Weiterüben. Es kommt ein Gefühl geballter Konspiration auf und gleichzeitig mir die Frage: Ist das eigentlich zu vertreten, direkte Aktion im Bundestag?

3. Die Unruhe im Plenarsaal holt meine Gedanken zurück: Es erscheinen die Damen und Herren Abgeordnete. Über die eben verhandelte Sache ist abzustimmen. Und da sitzen sie. Wie unbeteiligt heben und senken sie je nach Fraktionszwang die Arme — reflex-artig — irgendjemandem da vorn folgend. Das Ganze hat etwas Skurriles, Marionettenhaftes, Totes.

   Wir nutzen die Unruhe, um uns richtig aufzureihen, wir kamen nicht wie eingeübt in den Plenarsaal. Nun aber ist alles klar.

4. Mein Blick trifft die graue Linie auf dem Parkettboden vor uns. Die Saalordner haben uns verschärft ermahnt, sie nicht zu überfahren. In der Regel darf Volk überhaupt nicht in den Plenarsaal. Da wir aber mit unseren Rollstühlen nicht auf die Tribüne kommen können, sind wir die Ausnahmen. Überfahren wir mutwillig die graue Trennlinie, machen wir uns strafbar.

   Die Grenze des Erlaubten! Ist es vertretbar, sie zu übertreten für unsere Sache? Ich denke an den Abgeordneten der GRÜNEN, den wir informiert haben.

   Er fand unsere Aktion gut, weil eben nötig. Später hat er mich dann angerufen und riet zur Mäßigung, riet, das Megaphon wegzulassen. Er hatte wohl bei Fraktionskolleginnen und -kollegen zuviel mahnende Stimmen gehört. Wir hielten dem Rat engegen, er nahm das an, ohne uns weniger zu unterstützen.

   Die Linie fest im Auge versichere ich mir, daß uns keine andere Wahl bleibt als eine massive Demonstration. Zu oft ist in der Pflegediskussion die grüne Vorlage, die im Wesentlichen unsere Vorlage ist, verschwiegen worden. Nicht nur aus Kostengründen. Es ist die einzige Alternative, die tatsächlich Pflege gewährleisten würde, die behinderten und alten Menschen ein Leben in Selbstbestimmung ermöglicht. Aber das ist nicht mehrheits-

fähig. Dazu kommt, daß an unserem Entwurf die Mängel der anderen Vorlagen unübersehbar werden. Und: Wer verdient nicht alles an der jetzigen Form der entsorgenden Pflege in Heimen. Wir müssen uns Gehör verschaffen.

5. Die Abstimmung ist zuende. Der Plenarsaal leert sich wieder. Nun steht das Pflegegesetz zu Debatte. Es gehen nicht alle, die kamen. Dennoch sind die hinteren Bankreihen leer. das ist gut für uns. Man wird uns nicht so leicht aufhalten können. Unsere Spannung steigt.

   Eberhard Bueb von den GRÜNEN begründet den Gesetzentwurf. Danach wird ein CDU-Redner zu den Pauken und Trompeten greifen. Jeder von uns ist nun sicher, daß auf die anderen Verlaß ist. Das Zeichen ist verabredet während der CDU-Rede.

6. Und dann endlich: Wie explodierend starten wir, jede Angst ist wie weggeblasen: Rolf, Alfred und Horst stürmen nach rechts und links. Die Saalordner sind konsterniert. Links reagieren sie schneller als rechts. Alfred und Rolf werden aufgehalten. Aber rechts kommt Horst durch. Das ist gut und zugleich schlecht für uns in der Mitte. Moni ist gestartet. Ich hinterher. Hinter mir spüre ich Gisel. Der Rest wird von den erstarkten Saalordnern gehindert. Schon ist Moni vorn, ich bin am Mikrophon, rede und rede, weiß selbst nicht mehr genau was. Ich wehre die Griffe nach dem Mikrophon ab. Gisel hilft von hinten, Moni von vorn. Zur selben Zeit wird Gerd hinten in der Hektik verletzt. Er fällt aus dem Rollstuhl. Ich rede immer noch. Der vorsitzende Stücklen unterbricht die Sitzung. Hurra! Ich sehe durch's Gewühl vorn Horst. Er breitet sein Transparent aus. Fast hilflos wirkt ein Ordner auf ihn ein.

   Ein anderer hat den Schalter für's Megaphon gefunden. Aus. Die Ordner reden auf uns ein. Hektik. Was wir wollten ist erreicht. Sie mußten uns zuhören! Wir diskutieren nun und wissen, gleich trägt man uns raus. Von der Tribüne flattern die ersten Flugblätter. Gierig stürzen sich die Damen und Herren Abgeordneten darauf, froh, daß endlich mal was los ist. Oben geübter als unten greifen die Ordner nun zu. Da wie hier drängen sie raus.

7. Wir werden zur Vernehmung geleitet. Die Stimmung ist gut. Die Beamten sind ratlos. Unsere Personalien werden aufgenommen. Mehr und mehr GRÜNE kommen dazu. Einer ist Anwalt, klärt uns auf, was wir sagen müssen und was nicht.

   Die Hüter diskutieren die Frage, ob man uns laufen lassen soll. Wir wußten, das kommt, der Behindertenbonus.

   Durch die Tür — ein Krückstock und daran: Erwin Glombig, Sozialexperte der SPD. Er redet auf die Beamten ein, warnt, sie sollten uns nicht so ernst nehmen, uns nicht aufbauschen — totschweigen.

   Inzwischen sind unsere Personalien aufgenommen. Wir sollen gehen.

   Gut, wir entfernen uns. Auf dem Wege zum Aufzug spüre ich von den Ordnern sowas wie leise Zustimmung. Nur einer, der, der zu unserer „Betreuung" abgestellt war, guckt mürrisch. Er ist geknickt. Wie sehr hatte er uns doch auf die graue Linie hingewiesen. Sorry!

   Drinnen bittet der wiedereröffnende Vorsitzende um Verständnis für uns. „Diese sind's nicht, jene", wobei er auf die GRÜNEN weisen will.

   Wieder sind wir nur die Verführten, Mißbrauchten. Eigenständiges politisches Denken, Planen und Handeln, das paßt ihnen nicht zu Behinderten.

   Als ich das später im Video sehe, wundere ich mich kaum, aber doch bin ich wütend. Wir schicken eine Entgegnung über den Ticker der GRÜNEN, die ohne Wirkung bleiben wird.

   Dann, draußen auf der Straße, stehen wir noch lange und nüchtern uns aus. Wir sind zufrieden.

8. Das Nachspiel? Es entsprach nicht ganz unseren Erwartungen. Als habe nach den ersten heftigen Presseberichten sich auch die Medienwelt zu Schweigen verabredet, bleibt das Echo kurz. Auch die Medien haben begriffen, daß sie es sind, die durch ihre verschweigende, verschwiegene Manipulation zu spektakulären Aktionen treiben. Sie manipulieren selbst die Grenze dieser Verquickung.

   Die angekündigte Strafverfolgung blieb aus. Gehenlassen, Vergessen machen, alles soll bitte so bleiben, wie es ist. Und das Gesetz? Nach dieser ersten Lesung geht der Entwurf in die Ausschüsse und kommt zur 2. und 3. Lesung zurück in den Bundestag.

   Nun, der Gesetzentwurf wurde aber eben nicht widerstandslos, nicht sang- und klanglos abgeschmettert. Das Lied von der Selbstbestimmung wird weiter gesungen, manchmal ein wenig illegal, aber immer noch friedlich. Wir sind erst bei der vierten Strophe.

Kurz notiert

Unbelehrbare haben es jetzt schwarz auf weiß: Anlieger und Nachbarn haben grundsätzlich kein Recht, den Bau eines Heimes für Behinderte in einem allgemeinen Wohngebiet zu torpedieren. Dies entschied jetzt das Oberverwaltungsgericht in Münster.

Der Fall: Ein Grundstückseigentümer in Hamm wollte dem dortigen Oberstadtdirektor per einstweiliger Verfügung untersagen lassen, auf dem Nachbargrundstück ein Heim für 18 geistig Behinderte bauen zu lassen. Schon das Verwaltungsgericht spielte nicht mit. Es lehnte ab, eine solche Verfügung zu erteilen. Und das OVG stimmte dem voll zu. Das Bemühen um die Integration Behinderter in die Gesellschaft mache, so das Gericht, eine Annäherung der benachteiligten Gruppen an ihre Umgebung geradezu erforderlich.

Schon abonniert?

Probeexemplar anfordern!

Rollstuhl Basketball

Edwin Hornung
Alte Salzstraße 7
3118 Seedorf

Abonnentenpreis (jährlich und pro Stück)

bei Exemplaren

1 – 9 DM 34,– inkl. Porto

☐ Den Betrag überweise ich auf das Konto 9106.501 der Volksbank Bevensen, BLZ 258 618 90 Stichwort „Abo Rollstuhl-Basketball".

Schicken Sie mir ab sofort _____ Exemplar(e) an folgende Adresse:

_____

_____

_____

Unterschrift Datum

Bundesweiter Zusammenschluß der Behinderten- und Krüppelinitiativen

Herrn
Eugen Glombing (MdB)
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Offener Brief

Bremen, den 13.12.1985

Betr.: Unsere Demonstration im Bundestag zum Gesetzentwurf des Bundespflegegesetzes DER GRÜNEN am 14.11.1985

Sehr geehrter Herr Glombig,

nach unserer Demonstration für die Verabschiedung des Bundespflegegesetzes DER GRÜNEN haben Sie uns mit den Worten diffamiert,

— wir hätten uns von DEN GRÜNEN mißbrauchen lassen,
— wir hätten keine Ahnung von der Sozialgesetzgebung,
— wir würden keine Heime und Anstalten kennen,
— die von uns behaupteten Mißstände gäbe es nicht,
— Aussonderung Behinderter fände nicht statt und
— wir wüßten überhaupt nicht wovon wie redeten.

Wir antworten auf Ihre Beschimpfungen erst jetzt, weil wir in größerem Kreis (Bundestreffen der Behinderten- und Krüppelinitiativen) Ihre Reaktion und die Ihrer Abgeordneten-Kollegen zunächst einmal gemeinsam besprechen wollten. Insbesondere beschäftigte uns, daß Sie sich als BEHINDERTER an die Spitze derjenigen stellten, die uns als unmündiges, mißbrauchtes und verführtes Opfer hinstellen wollen und uns jegliche Erfahrung, persönliche Kompetenz und bewußtes politisches Handels absprechen. Diese Art der Verleumdung ist uns von Nichtbehinderten bekannt, die unsere Aussonderung betreiben, an unserer Entmündigung verdienen und daraus eine Profession machen. Erschrocken und bestürzt hat uns, daß jemand, der die gesellschaftliche Diskriminierung selbst erfahren haben muß, sich dieser Argumentationsmuster bedient.

Lange vor dem Einzug DER GRÜNEN in die Parlamente haben wir mit demonstrativen Aktionen auf unsere Diskriminierung aufmerksam gemacht und Widerstand geleistet. Wir haben, wie auch bei der Aktion im Bundestag, dabei die herrschenden Spielregeln nicht immer beachtet, da wir sonst kein Gehör gefunden hätten. Während unsere bisherigen Aktionen meist der Abwehr besonderer Diskriminierungen dienten, sollte die Bundestagsaktion deutlich machen, wofür wir sind. Nämlich für die Beendigung aussondernder Pflege und eine sozialrechtliche Absicherung der ambulanten Pflege oberhalb der Sozialhilfeabhängigkeit. An dem Zustandekommen des Gesetzenwurfes waren wir maßgeblich beteiligt.

Die Aktion von einem Kreis vorbereitet und durchgeführt, in dem sowohl sozialrechtliche Experten (behinderte Juristen mit praktischer und wissenschaftlicher Erfahrung im Pflegerecht), als auch ehemalige Anstalts- und Heiminsassen sowie Pflegebedürftige die ihre Pflege selbst mit Helfern organisieren und auch behinderte Mitarbeiter in ambulanten Hilfsdiensten vertreten waren. Sie hätten sich glücklich schätzen können, mit solch einer geballten Kompetenz konfrontiert worden zu sein, und zuhören statt uns beschimpfen sollen. Es ist geradezu grotesk, wenn Sie uns unsere persönlichen und politischen Erfahrungen absprechen.

Nach langer Diskussion und Überlegung sind wir zu dem Schluß gekommen, daß es eine rationale Begründung für Ihre Diffamierungen nicht gibt. Es läßt sich wohl lediglich psychologisch erklären, daß Sie sich aus schlechtem Gewissen wegen Ihrer Mitverantwortung für die sozialliberale Kürzungspolitik, als Protagonist institutioneller Ausgrenzung und Selektion Behinderter in dem bestehenden System von Heimen und Rehabilitationseinrichtungen und als sich allein als kompetent fühlender Vorzeigebehinderter der SPD, von uns massov infrage gestellt sehen. Sie erhalten Ihre Anerkennung ja nur solange, wie Ihre Ansichten von der Öffentlichkeit geteilt werden. Unser Emanzipationsanspruch gefährdet daher Ihre einflußreiche Position. Ebenso müssen Sie durch unser Überschreiten der herrschenden Spielregel massiv verunsichert worden sein. Damit haben wir offensichtlich Ihre Identität so erschüttert, daß Sie sich zu den Diffamierungen haben hinreißen lassen. Auch Ihr Versuch, auf jeden Fall weitere Öffentlichkeit zu verhindern, ist nur so zu verstehen.

Wir hoffen dennoch, daß Sie wieder den Mut fassen, sich einer sachlichen Auseinandersetzung zu stellen und schlagen Ihnen ein öffentliches Streitgespräch über die unterschiedlichen Konzepte zur Pflegesicherung vor. Wir würden uns freuen, wenn Sie so auf die Ebene der politischen Auseinandersetzung zurückfinden und unser Angebot annehmen würden.

Mit freundlichen Grüßen
Horst Frehe
Wendtstr. 24/26, 2800 Bremen 1
im Auftrag der Behinderten- und Krüppelinitiativen

Bundesweiter Zusammenschluß der Behinderten- und Krüppelinitiativen

Der Bundestag debattiert heute über den Entwurf der GRÜNEN für ein Bundespflegegesetz. Die Entscheidung der meisten Abgeordneten steht aber schon fest. Äußerungen der letzten Monate belegen das. Das Bundespflegegesetz wird abgelehnt werden.

Wir haben deshalb diese Debatte unterbrochen, um sie aus dem schlecht besuchten Parlament heraus an die neugierige Öffentlichkeit zu holen, wo sie hingehört. Die Abgeordneten, die hier über die Pflegesituation Alter und Behinderter debattieren, haben von der tatsächlichen Misere keine Ahnung. Die Abgeordneten interessieren sich vor allem für die finanztechnischen Aspekte und erst in dritter Linie für die Pflegeabhängigen selbst interessieren. Das unterscheidet sie von uns: dem bundesweiten Zusammenschluß von Behinderten- und Krüppelinitiativen. Fremdbestimmte Pflege zu Hause oder, schlimmer noch, im Heim kennen viele von uns aus eigener Erfahrung. Deshalb freuen wir uns, daß der Gesetzentwurf der GRÜNEN von Betroffenen formuliert worden ist und einen neuen Ansatz in die Diskussion um die Neuregelung der Pflegeabsicherung bringt.

Entscheidende Verbesserungen gegenüber der heutigen Situation sind:

1. Die Pflegebedürtigen bekommen die finanziellen Mittel selbst zur Verfügung gestellt, die sie für die Bezahlung ihrer Pflege benötigen.
2. Den Pflegebedürftigen wird, soweit möglich, das Recht der personellen Auswahl ihrer Pflegepersonen übertragen.
3. Pflegeabhängige sollen ihren Alltag selbst bestimmen können. Die Organisation der Pflege hat sich nach ihren Vorgaben zu richten.
4. Pflegeabhängige sollen selbst entscheiden können, wo, mit wem mit wievielen und wie sie leben wollen.

Dafür notwendig ist eine Abschaffung der Heimstrukturen und ein flächendeckender Aufbau ambulanter Dienste — beides wird in dem Entwurf der GRÜNEN vorgesehen.

Anders dagegen die Konzepte von CDU und SPD, gegen die wir uns massiv wehren. Wenn dort von ambulanter Versorgung die Rede ist, ist damit die Rückverlagerung in die Familie gemeint. Die Frauen vor allem sollen durch ihren kostenlosen Einsatz die Sozialetats entlasten. Selbstbestimmung der Pflegeabhängigen ist für die Entwürfe der SPD und CDU ein Fremdowrt. Gegenüber heute wird die materielle Situation der meisten Alten und Behinderten verschlechtert oder sie bleibt, schlimm genug, so unbefriedigend, wie sie schon heute ist.

NEU! DER NEUE... NEU! DER NEUE... NEU! DER

TÜRSPALT

Raus aus dem Irrenhaus!

Mit vielen Aufsätzen zum Thema »Abschaffung der Irrenanstalten!«:

Berichte über die Abschaffung
der italienischen Anstaltspsychiatrie
Unsere Forderungen zur Abschaffung der Irrenhäuser
Zur derzeitige Psychiatriediskussion
Wie kommt man von Psychopharmaka wieder runter?
Was tun gegen Zwangseinweisung?
Heilen und Vernichten im Nationalsozialismus
Was heißt da: Psychisch Krank
— Über die Gründe einer Not
Praktikum in der Psychiatrie
und wieder viele Berichte von draußen und drinnen!

100 Seiten — Heft 11/86 — DM 5,—
Erhältlich im guten Fachhandel oder direkt bei der
ARBEITSGRUPPE PSYCHOLOGIE
POSTFACH 46, 8000 MÜNCHEN 65

DIE KANN

FRAU & MANN

EMPFEHLEN!

SATZ WERK STATT

ALLE SATZARTEN IN MODERNEM FOTOSATZ SCHNELL + BILLIG MIT UND OHNE UMBRUCH FREMDDATEN-ÜBERNAHME AUS COMPUTERTEXT-SYSTEMEN PER DISKETTE ODER PER AKUSTIKKOPPLER

WELFENSTRASSE 12
8 MÜNCHEN 90
TEL.089-4489245

ROLLSTUHL — BASKETTBALL

1. Bundesliga

Nach 7 Spieltagen führen in beiden Gruppen die Favoriten BSG Duisburg (Gruppe Nord) und USC München (Gruppe Süd) verlustpunktfrei mit 12:0 Punkten.

Den Münchenern ist der Gruppensieg bei noch zwei ausstehenden Vorrundenspielen und einem Vierpunkt Vorsprung vor den Frankfurtern nicht mehr zu nehmen, zumal das Korbverhältnis die eindeutige Dominanz widerspiegelt.

Gewinnen die Wildunger das Rückspiel gegen Kaufbeuren mit 5 Punkten Differenz, so spricht der direkte Vergleich gegen Kaufbeuren, und die Hessen könnten das Schlußlicht in Kaufbeuren abgeben.

In der Gruppe Nord kann Koblenz die führenden Duisburger noch stoppen. Hierzu bedarf es eines Sieges im Rückspiel mit mehr als 8 Punkten Differenz.

Die Hamburger scheinen sich mit dem letzten Tabellenplatz abgefunden zu haben. Der Saisonverlauf zeigt, daß die Spielerabgabe nicht ausgeglichen werden konnten.

Die aktuelle Tabelle nach dem 7. Spieltag:

Gruppe Nord:

1. Duisburg	343 : 194	12 : 0
2. Koblenz	382 : 242	10 : 2
3. Köln	271 : 331	4 : 8
4. Langenhagen	165 : 213	2 : 8
5. Hamburg	127 : 267	0 : 10

Gruppe Süd:

1. München	421 : 184	12 : 0
2. Frankfurt	392 : 253	8 : 4
3. Ravensburg	287 : 347	6 : 6
4. Kaufbeuren	168 : 350	2 : 8
5. Wildungen	156 : 277	0 : 10

Die Paarungen der weiteren Spieltage:

Vorrunde:

8. Spieltag 08.02.86

Langenhagen — Duisburg
Hamburg — Köln
Kaufbeuren — München
Bad Wildungen — Ravensburg

Spielfrei: Frankfurt, Koblenz

9. Spieltag 01.03.86

Duisburg — Koblenz
Hamburg — Langenhagen
München — Frankfurt
Bad Wildungen — Kaufbeuren

Spielfrei: Ravensburg, Köln

10. Spieltag 08.03.86

Koblenz — Hamburg
Langenhagen — Köln
Frankfurt — Bad Wildungen
Kaufbeuren — Ravensburg

Spielfrei: München, Duisburg

•

Danach geht es wie folgt weiter:

Halbfinale Hinspiele 09.04.86

1. Spiel: 1. Gruppe Süd — 2. Gruppe Nord
2. Spiel: 2. Gruppe Süd — 1. Gruppe Nord
3. Spiel: 3. Gruppe Süd — 4. Gruppe Nord
4. Spiel: 4. Gruppe Süd — 3. Gruppe Nord

Die Rückspiele der Halbfinals finden am 26.04.86 statt.

Finale, Hinspiel 10.05.86
Sieger Spiel 1 — Sieger Spiel 2
Verlierer Spiel 1 — Verlierer Spiel 2
Sieger Spiel 3 — Sieger Spiel 4
Verlierer Spiel 3 — Verlierer Spiel 4

Die Rückspiele des Finales finden am 17.05.86 statt.

Die Gruppenletzten der Vorrunde spielen gegen die 1. Mannschaft der 2. Bundesliga Nord, bzw. Süd um Abstieg bzw. Aufstieg.

Nationalmannschaft

Im April diesen Jahres findet in Melbourne/Australien die Weltmeisterschaft statt. Hierfür konnte sich die Rollstuhl-Basketballmannschaft des DRS Anfang November im belgischen Gits qualitfizieren.

Zur WM-Vorbereitung dient unserem Team ein mit hochkarätigen Mannschaften (u.a. Israel, Niederlande, Schweden) besetztes Turnier in Soke Mandeville in der Nähe Londons vom 28.01.—02.02.86. Bundestrainer Ulf Mehrens nominierte folgendes Team: Beschler (Ravensburg), Hollhorst (Frankfurt), Wiesnet, Schäfer, Schauberger (alle München), Mandl (Kaufbeuren), Weinrauter (Duisburg), Hornung, Glinicki (Beide Hamburg), Kühnreich (Koblenz), Ritter (Lahn-Dill).

Dieses Team schaffte die Qualifikation in Gits

v.li.: Hornung, Schäfer, Ritter, Beschler, ?, Kühnreich, Glinicki, Michael, Schonberger, Hollhorst, Knop

BUCHBESPRECHUNG:

Christel Glienke lebt nun 45 Jahre und 24 davon mit einer Multiplen Sklerose (MS). Sie ist damit statistisch gesehen bereits tot. Grund genug, einen Nachlaß zu schreiben.

Daraus wird ein 80-seitiger Band mit Beschreibungen ihres Lebens und Leidens. Sie nennt ihn
LIEBER TAKTLOS ALS BELANGLOS — ODER VORSICHT: NACHLASS!
und fügt dem Titel die Qualifizierung „Versuch einer Bewältigung" an.

Daß Menschen ihr Leben oder einzelne Besonderheiten daraus durch Schreiben zu bewältigen versuchen, ist alter literarischer Quell, und manch guter Tropfen ist so entstanden. Christel Glienke hoffte mit ihren Lebensbetrachtungen so etwas wie ein Heilwässerchen weiter zu reichen:

„**Anwendung:** am vorteilhaftesten bei einer bestehenden Enc. diss. = latein. griech. Name für Multiple Sklerose (auf daß die Patienten auf betr. Zetteln nix begreifen. . .)

Dosierung: zu empfehlen ist eine Geschichte täglich und diese dann in allen Konsequenzen durchdenken (nicht allen!)

Kontraindikation wäre nur bereits bestehendes Ressentiment gegen die Autorin (ansonsten auch bei depressiven Verstimmungen durchaus angezeigt!)"

Sie will zeigen, „wie man mit einer MS leben kann".

Der durchaus wohlgesonnene Kritiker, ohne „bereits bestehende Ressentiments gegen die Autorin", aber inzwischen auch frei vom Drehen im Bauch beim Bekenntnis „Ich habe MS", dieser Kritiker sieht sich gezwungen, die Kontraindikation stark zu erweitern:

„Bei dem Versuch, eine MS zu bewältigen, ist es strengstens abzuraten, dieses Buch als Therapie zu nutzen".

Bei den reichlichen Darstellungen der MS-Auswirkungen als große Tragödie schweige die Kritik. Gegenüber dem feinen Gespür des eigenen, autonom gewordenen Darms für ungünstige Momente, stellt sich beim Betroffenen mehr oder weniger Gelassenheit ein, es wird nie ohne Belang. Und sicher vor jeder Kritik ist die Auseinandersetzung des Buches mit dem MS-typischen, so sicheren wie behäbigen Schnitts der Sense.

Aber Beklagen allein ist keine Hilfe, und schlimm wird's wenn die Autorin zu Beschreibungen von „Mitpatienten" in späteren MS-Stadien kommt:

„. . .wenn ich seine. . . gelähmten, großen, schweren Männerhände anschau — ? Dr. B. ein ‚Kriegskind' geb. April 40 wie ich, hat MS — wie ich. Aber: so viel kürzer erst (circa ein Drittel der Zeit!!!) und soooo viel heftiger. — Wie heftig? Am meisten rühren mich die kraftlosen großen Hände an, die weder abstützen können noch eine schlichte Kaffeetasse halten, die Agieren unmöglich machen in JEDER FORM (man resp. frau bedenke Ankleiden, Intimhygiene, Schreiben, Dosenöffnen usw. usf.). Bei anderen helfen Griffe an der Wand, um aus dem Bett zu gelangen trotz der Lähmung der unteren Extremitäten — ihm nützen Griffe gar nix, weil er eben auch nicht greifen kann. (Ein Zivi muß kommen morgens, um ihn aus dem Bett zu holen, um ihn zu waschen und anzukleiden, die kurzen-blonden Haare zu waschen. Ein Zivi erst macht ihn zum Menschen."

„Die Sonne schien Mitte Oktober wie im Mai, und auch das Taufkind (die Tochter der Autorin d.R.) gab sich allem Drumherum ohne Anzeichen von Mißempfinden hin. Der besagte Pastor wußte um meine Behinderung, und ich durfte ergo stehenbleiben (weil ich mich ja nicht hinknien konnte7. Ich erfuhr dann noch zusätzlich, daß es seine erste Amtshandlung war nach bestandenem Examen (auch Pastoren werden geprüft!)

Wie sehr geprüft sie werden können, erlebte ich 16 Jahre später: in einer Gesprächsgruppe von gleichen Erkrankten machte ich mich daran, die aufliegende Anwesenheitsliste zu studieren und entdeckte urplötzlich den Namen B.K. . . Mein Herz blieb mir stehen — und das tut es nur mehr selten — und ich fragte nach dem Beruf des Betreffenden. ‚Sie werden es nicht glauben: er ist Pastor!' Ihc glaubte — nachm auch dann Verbindung mit ihm auf, und er wunderte sich sehr. Auf sehr difficile Weise schaffte er es dann aber doch, mich in meinem Haus zu besuchen. Es war ein Bild des Jammers, wie der ehemals junge und drahtige Mann die paar Stufen mit Stock sich hinaufmühte, den Strauß nimmer halten konnte, erschöpft auf die Steinbank sank."

Diese Bewertung eines Zustandes, der eigene Zukunft ist, hat nichts mit Bewältigung zu tun und hilft niemandem. Nicht mal der Autorin, die stolz ist, nach 24 Jahren MS „noch knackig" und relativ unabhängig zu sein.

Die Qualifizierung von „Selbständigkeit" gerät der Autorin dabei zum größten Mißverständnis dieses Buches.

Selbständigkeit bedeutet für sie z.B., die eigenständige Organisation ihres 3-Personen-Haushaltes, das eigenhändige Schneiden ihrer Fußnägel, ihre Autarkie von der Versandhausbestellung bis hin zur Trockenshampoo-Lösung. Ihre Beschreibungen werden zum Hohenlied einer Selbständigkeit, die längst zur Fessel geworden ist: „Du muß alles so können, wie Nichtbehinderte, und das kannst du!"

Niemanden bitten zu müssen, ist nicht immer schon FREIHEIT: „Muß keinen bitten und bin ergo FREI". „Freiheit" kann entstehen in einem Zustand völliger Abhängigkeit, wenn es gelingt, Hilfe zu bekommen, ohne Mitleid erregen zu müssen, ohne Dankbarkeit heucheln zu müssen, ohne über Schuldgefühle zu versklaven. Selbstbestimmtheit ist an keine Fingerfertigkeit gebunden und Mensch-sein schon gar nicht.

Peinlich wird es gar, wenn die Autorin einen Brief an den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt veröffentlicht, in dem sie ihn wegen seines Alters in Beziehung zu der Jugend seiner Frau anmacht. Ihre Anspielung auf sein hohes Einkommen gestaltet sie so, daß der Angeschriebene gar nicht anders kann, als ihr die indirekt geforderten 401,— DM zu überweisen. Das Mißverstehen wird zur Qual.

Kein Mißverständnis ist allerdings die Buchtitelwahrnung VORSICHT: NACHLASS! Denn neben der Vorbildabsicht gibt die Autorin dem Buch einen zweiten Auftrag: Abzurechnen mit allen, mit der der Ex-Freundin, die nun die Partnerin des Ex-Ehemannes ist, mit dem Ex selbst und mit ihrer Tochter, die auch nicht immer so wollte wie sie.

An „Töchtings", wie die Autorin ihre Tochter kumpelhaft nennt, läßt sie kaum ein gutes Haar. Töchtings aber ist es, die einen der wenigen überzeugenden Sätze des Buches sagt: In einer Widergabe der vielen Auseinandersetzungen zwischen Mutter und Tochter, wegen Töchtings Hang zum Punk sagt diese: „Ich möchte nicht schön sein, nur anders!" Wollen wir uns dies nicht zum Vorbild nehmen?

Zu erhalten ist das selbstverlegte Buch über
Christel Glineke
Buchenring 56
2000 Hamburg-Volksdorf, Preis: 20,— DM

„Sie sind hier nicht zum Überleben, sondern zum Ableben“

Der Scheibenwischer vom 18.11.1985 (ARD) zu Altwerden und Altsein hat einige Aufregung verursacht. Zu Recht, denn die dargestellte erschreckende Behandlung von Alten war leider keine satirische Übertreibung, sondern ist bittere Realität, die grundlegend verändert werden muß, wenn es ein menschenwürdiges Leben in den Altenheimen geben soll.
Wir veröffentlichen hierzu den Briefwechsel der Arbeiterwohlfahrt mit Dieter Hildebrandt und das Gedicht „Ein Menschenkind“ von Sr. Helene Huber.

Hildebrandt soll ins Altenheim

■ Dieter Hildebrandt soll eine Woche lang in ein Altenheim, um sich ein tatsächliches Bild von den Zuständen dort zu machen. Dazu forderte die Arbeiterwohlfahrt den Kabarettisten auf. In seinem satirischen „Scheibenwischer" vom 18. November hatte Hildebrandt unter anderem die Zustände in Altenheimen bemängelt. Hildebrandt zur AZ: „Ich werde diese Einladung in ein Altenheim nicht annehmen. Wenn die Arbeiterwohlfahrt glaubt, nur sie weiß Bescheid über die Zustände dort, dann hat sie sich getäuscht. Wir haben uns über dieses Thema genau informiert." Zudem, so fügte er schmunzelnd hinzu, „muß ich vermutlich selbst mal in ein solches Heim. Und da möchte ich nicht jetzt schon einen Vorgeschmack haben."

Abendzeitung vom 4.12.85

Hinweis

Über die Ergebnisse der Untersuchung der Stiftung Warentest über Altenheime berichten wir in der nächsten Ausgabe.

Sehr geehrter Herr Hildebrandt,

Sie sind es sicher gewohnt, Zustimmung wie Ablehnung auf Ihren „Scheibenwischer“ zu erhalten. Wir haben Ihre Ausgabe vom 18. November 1985 im Visier, die sich des Themas „Alte Menschen“ annahm.

So wie es gute und schlechte Intendanten, gutes und schlechtes Kabarett gibt, so gibt es sicher auch schlechte und gute Einrichtungen der Altenhilfe.
Die Arbeiterwohlfahrt ist Träger von 458 Altenheimen, Altenpflegeheimen, Altenwohnheimen. Außerdem werden im Rahmen unserer Tätigkeit, die wir bislang nicht als „Mafiatum“ sahen, 1.565 Altenclubs durch Selbsthilfe-, Helfer- und andere Gruppen betreut. Daß es bei diesem „Volumen“ auch mal zu Vorkommnissen kommt, die ans Licht der Öffentlichkeit gehören, halten wir für richtig.
Kabarett muß überspitzen, muß reizen, muß überpointieren — gewiß! Saubere Recherche ist deswegen nicht überflüssig, denn Kabarett steht auch im Verwandtschaftsverhältnis zum Journalismus.
Sie werden's nicht glauben, aber viele Ältere protestierten bei uns — so würden sie nicht behandelt, bevormundet, abgehanzelt werden.
Dürfen wir Ihnen einen kurzen Auszug aus einem Brief zitieren, der Ihnen auch belegt, daß „wir“ ältere Menschen „nicht mit dem Lasso“ einfangen, sondern auch durch unsere ambulanten Dienste uns bemühen, ältere pflegebedürftige Menschen in ihrer häuslichen Umgebung zu belassen, wenn die Gesamtumstände dies zulassen: „Meine Mutter wurde über ein Jahr lang von Mitarbeitern der Arbeiterwohlfahrt gepflegt. Nur aufgrund dieser hervorragenden und mit sehr großem Engagement durchgeführten Pflege gelang es, meiner Mutter einen Krankenhausaufenthalt zu ersparen, sie konnte in ihrer gewohnten Umgebung bis zu ihrem Tod bleiben.
Ohne diese Unterstützung hätte ich nicht vermocht, meine Mutter bis zu ihrem Tod zu betreuen. Ich habe bei dieser Gelegenheit gelernt, welchen unermeßlichen Wert Ihre Organisation bei einer individuellen Unterstützung haben kann, zumal wenn die Hilfe in der Art geleistet wird, wie ich es von der Sozialstation erlebt habe. Ich möchte Ihnen als Zeichen meines Dankes eine Spende in Höhe von 1.000 DM überweisen.“

Altenheime und ähnliche Einrichtungen entstehen aufgrund einer Bedarfsplanung. Ihnen müßte die demographische Bevölkerungsstruktur bekannt sein, wonach der Anteil der „Hochbetagten“, der Pflegebedürftigen und Schwerstpflegebedürftigen konstant zunimmt. Anwachsend ist die Zahl der Alleinlebenden, aber auch der Mehrgenerationenfamilien. Daß eine junge Familie nicht in der Lage ist, die schwerstpflegebedürftige Mutter oder den Vater oder sogar die Großeltern zu betreuen, hat wohl in vielen Fällen überhaupt nichts mit fehlender Familienliebe zu tun. Daß nur 4 Prozent der älteren Mitbürger in Einrichtungen der Altenhilfe leben, begrüßen wir durchaus, und dies spiegelt auch unsere Bemühungen im Bereich der ambulanten Versorgung wider.
Es gäbe noch viel richtig zu stellen, aber wir wollen nicht herummäkeln, sondern Ihr Engagement bei diesem Thema unterstützen.

Wir laden Sie sehr herzlich ein, in einer Alteneinrichtung oder Pflegeeinrichtung für psychisch kranke ältere Menschen Ihrer Wahl, die in Trägerschaft unseres Verbandes ist, ca. 1 Woche mit alten Menschen, mit dem Pflegepersonal, mit Zivildienstleistenden zu leben, zu diskutieren, mit den Heimbeiräten zu sprechen. Wir halten diese Zeit aus zwei Gründen für angemessen:

1. *haben sicher die Vorbereitungen für die Ausgabe vom 18.11.85 einen großen Zeitraum in Anspruch genommen, so daß Sie nun einen zeitlichen Vergleich hätten;*
2. *wollen wir den Eindruck vermeiden, bei einem 2-3-tägigen Kurzbesuch erwarte Sie ein roter Teppich oder eine Sonderbehandlung.*

Bitte machen Sie sich selbst ein Bild von dem, was Sie Ihren Zuschauern ans Herz legen wollten. Natürlich gilt unsere Einladung für das ganze an dieser Sendung beteiligte Team.
Sicher haben Sie auch Verständnis dafür, wenn wir unser Angebot an Sie publizieren, um das öffentliche Interesse an diesem Thema zu unterstützen.
Wir erwarten ungeduldig Ihre Zusage.
Mit freundlichen Grüßen

Arbeiterwohlfahrt
Bundesverband e.V.
i.A. Joachim F. Kendelbacher (Pressesprecher)

Foto: Petra Schramek

An
Arbeiterwohlfahrt
Pressest.
Bonn 1, Oppelnerstr. 130

München, den 5.12.85

Sehr geehrter Herr Kendelbacher,

freundlichen Dank für Ihren Brief, dessen unfreundlich belehrenden Ton ich auf Ihren Zorn zurückführe, der mir aber nach all dem, was wir sehr sorgfältig recherchiert haben, als unangebracht erscheint.
Um den Stil Ihres Vorgehens nicht zu kopieren, verzichte ich darauf, vorher einer Nachrichtenagentur mitzuteilen, was ich Ihnen anschließend antworten werde.
Interessant, was Sie mir mitzuteilen haben, daß nämlich Kabarett in einem Verwandtschaftsverhältnis zum Journalismus (sauberen) zu stehen habe. Das wußten wir eigentlich schon länger. Vielleicht waren Sie bei anderen Sendungen ganz einverstanden, was wir recherchiert hatten, haben aber nun, da es Ihren Verantwortungsbereich berührt, schwerste Bedenken gegenüber unserer Arbeit. Vielleicht. Ganz sicher aber scheint mir, daß Sie versucht haben, um recht zu behalten (?), unsere Texte falsch zu interpretieren. Wir haben nicht behauptet, daß Sie „ältere Menschen mit dem Lasso einfangen", sondern eine Szene gespielt, in der dargestellt wird, mit welchen Mitteln Anwälte arbeiten, um ältere Menschen zu entmündigen und dann ins Heim zu schicken. Es wird Ihnen schwerfallen, dem Autor Klaus-Peter Schreiner nachzuweisen, daß er darin irgendetwas „überspitzt" hätte.
Wir haben in einer anderen Szene auch nicht den Pfleger beleidigt, sondern verteidigt, seine schwere Situation zwischen Leitung und zu Leitenden geschildert.
Sie schreiben: „Sie werdens nicht glauben, aber viele Ältere protestierten bei uns — so würden sie nicht behandelt, bevormundet, abgekanzelt werden."
Sie werden es glauben, aber der überwiegende Teil derer, die uns zu dieser Sendung geschrieben haben, die spontan bei mir angerufen haben, sind Menschen, die, weil selbst betroffen, unserer Darstellung in allen Punkten zugestimmt haben.
Und nun zitieren Sie aus einem Brief. Sie werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich Ihnen unterstellen muß, daß Sie genau um die Fragwürdigkeit dieser „Beweisführung" wissen.
Aber hier kann ich es einfach nicht unterlassen, ebenfalls zu zitieren, und ich kann Ihnen zehn ähnliche Briefe vorweisen! Daß ich den Absender nicht nenne und aus welchen Gründen es besser ist für ihn, wissen Sie gewiß am besten.

„Ihre Sendung am 18.11. habe ich mit größtem Interesse verfolgt und fand sie eigentlich noch untertrieben. Vom 1.10.81 bis 30.9.82 habe ich im Altenheim der Arbeiterwohlfahrt in Neu-Ulm das „freiwillige soziale Jahr" gemacht. Nach der heutigen Zeitungsnotiz ist mein heiliger Zorn wieder hochgekommen."
Und: „Pflegeeinrichtungen gibt es so gut wie keine, abgesehen von ein paar Krankenhausbetten . . . das Personal in der Küche und auf der Pflege ist fast durchweg ohne entsprechende Ausbildung. Nachts macht eine ‚Schwester' Bereitschaftsdienst. Wenn sie nicht gut drauf ist und tagsüber viel Streß hatte, rate ich niemandem, nach ihr zu klingeln. Im Heim werden Zivildienstleistende und Leute, die das ‚freiwillige soziale Jahr' machen, als reguläre Pflegekräfte mißbraucht."
Und: „Das Essen ist billig und lausig. Häufig gibt es Brei, der auch als Schonkost ständig serviert wird. Extra Diätkost gibt es nicht. Für Leute mit Schwierigkeiten zu kauen, wird alles kurzerhand passiert."

Und so weiter.
Briefe mit ähnlichem Inhalt, die sich natürlich nicht immer mit der Arbeiterwohlfahrt beschäftigen, kann ich Ihnen aus allen Teilen der Bundesrepublik vorweisen.

Sicher haben Sie es schwer, gewiß gibt es auch Gegenbeispiele, aber so leicht, einen Brief zu zitieren, sollten Sie es sich nicht machen. Sie sollten auf unserer Seite stehen und nicht beleidigt reagieren wie die Pharma-Industrie oder der Hartmannbund oder was weiß ich. Die Einladung an uns, ein Heim Ihrer Wahl eine Woche lang zu besuchen, hat gerade bei den Betroffenen ein bitteres Lachen verursacht. Meinen Sie wirklich, wir setzen uns als Ihre privilegierte Argumentationshilfe in ein Heim und lassen uns vorzugspflegen, wozu Sie dann mit Sicherheit einen Schwarm von Reportern einladen, die uns beim Wohlsein photografieren?
Das immer zwischen den Zeilen lauernde: „ausgerechnet die, denen es so gut geht, zerreißen sich das Maul!" stünde der Betrachtungsweise von BILD gut an. Ich nehme an, daß Sie genau wissen, wie wenig stichhaltig solch ein Argument sein kann.
Sollten Sie aber eine Idee nötig haben, wie Ihre Erfolge besser beleuchtet werden könnten, schlage ich Ihnen vor, Norbert Blüm noch einmal zu Frank Elstner („Wetten, daß . . .") zu bewegen. Im Verlierensfalle wäre er sicher bereit, sich 2-3 Stunden in einem Ihrer Heime beim Älterwerden beobachten zu lassen.
Ja, und noch ein Beispiel, wie genau Sie unseren Texten gefolgt sind oder zugehört haben. Das von Ihnen angeführte „Mafiatum" bezog sich nicht auf Sie, sondern war eine ironische Formulierung des „pflegeleichten Opas" über die angebliche Graue Pantherin, die wiederum auch keine war, was kein Fehler gewesen wäre.
Lassen Sie mich zum Schluß noch sagen, daß wir Ihnen dennoch für Ihre Reaktion dankbar sind, denn auf diese Weise blieb das Thema im Gespräch und dagegen können Sie ja auch nichts haben. Nichts anderes soll Satire bewirken. Daß wir selbst nichts ändern können, wissen wir seit langem. Sie aber können. Dafür wünschen wir Ihrer von uns geschätzten Institution Erfolg.
Mit freundlichen Grüßen

Dieter Hildebrandt

Ein Menschenkind

Ein Menschenkind es ward geboren,
heut ist es alt und ist verloren.

Ein Leben, das aus Arbeit, Not und Krieg bestand . . .

Das Menschenkind nahm seine Kinder an der Hand.
Und hatte immer eins vor Augen,
es wird vergehen durch meinen Glauben,
an eine gute, bessere Zeit,
bin ich auch alt, bin ich gescheit,
und laß es mir dann gut ergehn,
wir werden es ja sehen.
Wenn ich dann einmal nicht mehr kann,
dann nehmen meine Kinder mich an der Hand,
geben mir Liebe und Geborgenheit,
damals wußte das Menschenkind
noch nicht Bescheid.

Die Zeiten ändern sich, sagt jeder Mann.
Nach dem zweiten Krieg, fing jeder das Aufbauen an.
Der Geldbeutel voller, die Menschheit toller,
die Wohnungen kleiner,
doch für den anderen Zeit hatte keiner.
Jeder wollte immer mehr,
auch dieses Menschenkind plagte sich sehr.
Damit die Kinder alles haben
und später ein Loblied singen,
an seinem Grabe.

Doch alles kam anders,
als es sich dachte,
es fing an,
als die Kinder, es an der Hand geführt,
ins ALTERSHEIM brachten.

Da standen die Schwestern und Pfleger
in Reih und Glied,
sie passen auf, daß den Alten
nichts geschieht.
Für's leibliche Wohl wird auch gesorgt,
die Wäsche gewaschen,
und vom Staat das Geld geborgt.

Denn für den Aufenthalt
des Menschenkindes in dem Heim
zahlt man auch Rente ein
Ist kein Geld da, sagen die Kinder,
sie selbst geben es aus,
umso geschwinder.
Für was hat unser Menschenkind
sein Leben lang dem Staat gedient?
Jetzt soll er sich auch kümmern.

Doch was passiert in diesem Heim?
Kein Mensch schaut da mal rein.
Was dort mit diesem Menschenkind
an Leib und Seele vor sich ging.
Als dieser Mensch
sich erst mal wehrte,
da reinzugehn, das erklärte sein Leben.
Da setzt man einfach
kurz und gut
den Menschen unter den Pflegschaftshut.
Somit hat er dann nichts zu sagen,
er wird lebendig zu Grabe getragen.

In einem Zimmer mit drei Betten,
auch ohne Uhr, Kalender, Spiegel
und Klamotten.
Da sitzt er da,
ist ruhig und denkt an die gelebten Jahre.

Da kommt von Zeit zu Zeit
mal einer rein,
bringt's Essen,
oder auch er schreit,
macht Betten, putzt den Boden rein,
sagt „Ab ins Bad, du Stinkerlein,
jetzt gehn wir auch schön ins Bett,
pass auf, daß du es nicht verdreckst,
und halte dich des Nachts
schön brav,
sonst wird gestört der Schwestern Schlaf."

Und mußt du koten, urinieren,
dann läute nicht
und mach dich an,
du hast ja deine Pampers an.

Auch sollte dir etwas nicht passen,
dann sag es nur,
denn wir hassen
gestört zu werden,
in der Zeit,
wo für uns steht der Kaffee bereit.
Das ist bei uns den ganzen Tag,
darum von uns, keiner rennen mag.

Dafür bekommst du für Beschwerden,
für Schrein, Nässen und Gebärden,
Haldol, Truxal und was weiß ich,
dann hast du Ruh.
und plagst mich nicht.

Doch kommt dann mal ein Schwesterlein,
das merkt: der Mensch ist so allein,
mit all dem Kummer und dem Kram
und hört sich seine Sorgen an.
Setzt sich ans Bett und drückt
die Nummer in einer großen Kartei,
dann ist es auf der Station vorbei.
Sie wird getreten und gequält,
so lange, bis sie es nicht mehr aushält.
Dann sagt sie sich zwar voller Graus,
Schluß mit Gefühlen,
arbeite acht Stunden
und geh nach Haus.

Was gehn mich diese Menschen an?
Für's Gutsein bist du selber dran.
Die Existenz des Arbeitsplatzes
ist mehr, als nur Gefühlsgekratze.
Dann stimmt es auch mit den Kollegen,
man wird von Jahr zu Jahr verwegen.
Zum Schluß da sagt sie auch:
„Du Stinkerlein,
jetzt gehn wir in die Badewann' rein."

Das alles spürt das Menschenkind,
das einmal sehr am Leben hing.
Es wird traurig und es sinnt
darüber nach, was muß passieren?
Damit andere Alte nicht müssen so existieren.
Es nimmt sich dieses Schwesterlein,
schaut ihr dabei ins Herz hinein
und sieht darin viel Einsamkeit,
das Gute ist noch nicht verschneit.
Komm, sagt dieses Menschenkind
wir zwei gehn fort geschwind.
und machen selbst ein Altenheim,
wo für uns nur die Sonne scheint.

Doch da sagt nun das Schwesterlein,
Es ist zu spät, geh nur allein!
Ich fühl mich schuldig an euch Alten,
ich konnte meine Ideale nicht halten.

Ich hab Angst, so alt zu werden,
mein ganzes Ich soll dann verderben,
das Schlechte, was ich euch getan,
kommt auf mich zurück
wie ein Bumerang.

Ich bin kaputt, ich kann nicht mehr!
Ich, sagt sie voll Scham,
ich bin Alkoholiker.

Nun sitzt das Menschenkind
und wartet ab,
bis man es mit Erde bedeckt
in seinem Grab.

von Sr. Helene Huber

Körperbehinderter Rollstuhlfahrer sucht Tauschpartner der Briefmarken

von West-Deutschland, West-Berlin. Im Tausch fast die ganze Welt vorhanden.

Leo Birmili (52 J.) kann wegen seiner Behinderung, Lähmung beider Beine, keine entsprechenden Tauschstätten und -orte aufsuchen.
Suche dringend gestempelte Briefmarken von Westdeutschland aus den Jahren 1949 bis 1957 wie folgt:

111 — 113 — 114 — 115 — 116 — 117 — 119 — 120 — 121 — 122 — 139 — 140 — 141 — 142 — 143 — 144 — 145 — 146 — 153 — 154 — 156 — 157 — 158 — 167 — 170 — 172 — 175 — 176 — 182 y — 184 y — 203 — 225 — 273, die ich im Verhältnis 1: 3 zu Ihren Gunsten tausche.
Wer schelbt mir?

Leo Birmili, Georg Rost Str. 23a, 4952 Porta Westfalica-Lerbeck. ✆ 0571-777 30 von 12-20 Uhr.

Integration vor Gericht

Die heutigen Sonderschulen — deren Vorläufer vor mehr als 200 Jahren überwiegend in Deutschland entstanden — werden zunehmend in Frage gestellt. So wurden in einigen europäischen Ländern, meist aufgrund von sozialen Reformen, Wege beschritten, um Aussonderung von behinderten Menschen aus ihrem Alltagsgeschehen zu verhindern. Doch trotz solcher Modellversuche mit positiven Erfahrungen — auch hierzulande — verhindern in der BRD bzw. in deren Ländern schulgesetzliche Bestimmungen die Integration von behinderten Kindern an Regelschulen.
Während Eltern von jenen Kindern in Norwegen und Schweden bereits seit Jahren zwischen Regel- und Sonderschule wählen können, wird hierzulande über schulische Integration —noch — verwaltungsgerichtlich entschieden. Denn: Gemäß dem Schulpflichtgesetz (SchPG - Art. 15 Abs. 1) haben *„behinderte Kinder eine Schule für Behinderte zu besuchen"* (Regierung von Oberbayern).
Diese rechtliche Situation und deren Auswirkungen sollen an einem Beispiel exemplarisch dargestellt werden.

Familie K. will für die blinde Tochter J. (8 Jahre, sie kann die Blindenschrift und besucht zur Zeit die Bayer. Landesschule für Blinde in München) die integrative Beschulung in ihrem Heimatort erreichen. Begründet wird dies u.a. damit, *„daß die sozialen Kontakte und Bindungen, die sich während des zweijährigen Besuches im Kindergarten Olching ergeben hatten, schwächer wurden"*. Und: ein weiterer Besuch der Landesschule, der mit einem täglichen Fahrtweg von zwei Stunden verbunden ist, *„erschwert eine Integration am Ort erheblich"*. Übe dies sind die Eltern überzeugt, daß die Voraussetzungen der Sondervolksschulordnung (16 Art. 15) für eine Überweisung von der Sonder- in die Regelschule gegeben sind.
Ferner weist das Ehepaar K. auf ihr persönliches Engagement hin. Beispielsweise beschaffen sie für die Blindenschreibmaschine ein Gerät, das die Blinden- in Schwarzschrift umsetzt.
Bei der „Umschreibung" der Unterrichtsmaterialien würden sie — beide beherrschen die Braille-Schrift — die Lehrkraft unterstützen. Hierzu hat auch die „Vereinigung Integrationsförderung" ihre Hilfe angeboten.
Dieser Rücküberweisungsantrag wurde vom zuständigen Schulamt abgelehnt: aus *„grundsätzlichen schulfachlichen und pädagogischen Überlegungen kann eine Rückführung im Interesse des Kindes wie in dem der Regelschule nicht verantwortet werden"*. Als weitere Gründe wurden u.a. die besondere Betreuung und Zuwendung sowie die Kleingruppen in der Blinden-Schule genannt.
Gegen diesen Bescheid legte Familie K. Widerspruch ein. Außerdem ersucht sie das Schulamt, *„einem probeweisen Besuch der Grundschule Olching zuzustimmen."*.

Die Regierung von Oberbayern weist diesen Widerspruch, der zwar zulässig aber nicht begründet ist, zurück. Unter Berufung auf Art. 15 SchPG ist sie der Ansicht, daß für die blinde Schülerin J. allein die Bayer. Landesschule für Blinde geeignet ist — *„zumindest derzeit"*. Begründet wird dies damit, daß J. *„noch einer intensiven blindengemäßen Beschulung mit Erlernung und Sicherung der Blindentechniken bedarf, mit der gerade für den Nichtsehenden wichtigen gewissenhaften Veranschaulichung zur Vorstellungsbildung sowie mit der exakten Schulung der verbliebenen Restsinne, vor allem des Tastsinnes. Die Gefahr, daß lediglich reines Wortwissen vermittelt wird, ohne gesicherte Vorstellungsbildung, muß vermieden werden."*
Obwohl die Behörde die Integrationsbestrebungen der Familie K. sowie das Engagement der Olchinger Schule und deren Elternschaft würdigt, mißt sie doch dem nicht vorhandenen Sehvermögen, eine *„wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen Besuch der Regelgrundschule"* mehr Bedeutung bei. Selbst der Einsatz von modernsten Technologien würde dies nicht ausgleichen, sondern die Lehrkräfte würden immer wieder an die durch die Blindheit bedingten engen Grenzen des Machbaren stoßen.
Im übrigen hat die Regierung von Oberbayern als Schulaufsichtsbehörde auch das Wohl der übrigen Kinder zu berücksichtigen: Bei der gemeinsamen Beschulung mit J. *„würden (sie) in ihren Lernmöglichkeiten nicht unerheblich beeinträchtigt."*
Ferner gibt die Behörde zu bedenken, daß — nach ihren Erfahrungen — die blinde Schülerin innerhalb ihrer Klasse bald in eine Art Ghettosituation gedrängt würde. *„Im Interesse der Schülerin, wie auch zum Wohl der Kinder, die die Regelschule besuchen, ist daher der Besuch der Landesschule für Blinde dringend geboten."*
An einer anderen Stelle heißt es in diesem Bescheid,s daß einem Übertritt von der Sonder- auf die Regelschule rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen: *„Die Beschulung eines Blinden an der Regelschule würde die Einführung eines Modellversuches erforderlich machen, der aber ohne gründliche und längere Vorplanung und -organisation unmöglich wäre."*
Nach Ansicht der Regierung von Oberbayern besteht die Möglichkeit einer integrativen Beschulung Blinder erst an einer weiterführenden Schule: *„Voraussetzung hierfür ist aber die sichere Beherrschung der Blindentechniken, Sicherheit in Mobilität und in den lebenspraktischen Fertigkeiten . . ."*
Soweit die wesentlichen Fakten und Zitate aus dem Schriftwechsel zwischen der Familie K. und den zuständigen Behörden.

Nun muß das Verwaltungsgericht — die erste Verhandlungsrunde fand Ende letzten Jahres statt — entscheiden, welche Schule J. besuchen muß bzw. darf. Gegenüber dem grundsätzlichen Behörden-Nein konterte eine blinde Sozialpädagogin mit Regelschul-Erfahrung u.a.: *„Vieles . . . könne auch akustisch oder über den Tastsinn erklärt werden, und mit einem ‚Mobilitätstraining' werde sich J. rasch in der neuen Um-*

gebung zurechtfinden" (SZ, 18.12.85). Als weitere Argumente führte die Klägerseite (Familie K.) in- und ausländische Beispiele an.
Nicht zuletzt die souveräne Art, wie die blinde Gutachterin überzeugend die Bewältigung der rein technischen Schwierigkeiten darstellte, bewog das Gericht, den Rechtsstreit über schulische Integration zu vertagen. Damit wird der Klägerseite Zeit gegeben, um an der Olchinger Grundschule weiteren Lehrkräften die Scheu vor dem „Experiment" zu nehmen und sie mit entsprechenden Unterrichtshilfen vertraut zu machen. Doch auch die Beklagten (Regierung von Oberbayern) werden diese Zeit zu nutzen wissen . . .

Werner Müller

Kommentar:

Wenn hier jemand an seine „behinderungsbedingten" Grenzen kommt, dann ist es die Schulbürokratie. Da haben Eltern, Lehrer, Schule u.a. die Vorarbeit für die Integration eines blinden Kindes geleistet und präsentieren der Schulbehörde auf einem Silbertablett die mögliche und sinnvolle Integration eines blinden Kindes in die Regelschule, die dann wegen veralteter Paragraphen abgelehnt wird. Das Wohl der Sonderschulen im Kopf, gibt die Behörde an, nur das Wohl des blinden Kindes und der nichtbehinderten Kinder im Auge zu haben, das sie durch einen gemeinsamen Unterricht gefährdet sieht. Die Behörde bringt Argumente, die durch in- und ausländische Beispiele längst widerlegt sind. Diese Behörde will nichts sehen und nichts hören und sich trotzdem ein Urteil erlauben.

Diese Behörde sollte sich zu allererst Gedanken darüber machen, wie sie ihre bürokratiebedingten Grenzen überwinden kann. Diese Behörde hat ganz offensichtlich Angst vor der praktizierten Integration der blinden J., denn, wenn sich der von ihr abgelehnte Probeunterricht als positiv herausgestellt hätte, wären die Argumente dieser Behörde endgültig widerlegt.
Es ist ein Skandal, daß verknöcherte Bürokraten über die Integration behinderter Kinder zu entscheiden haben. Und es bleibt zu hoffen, daß das Gericht sich letztlich für die Integration entscheidet. Um für die Zukunft Entscheidungen unkompetenter Bürokraten zu verhindern, müssen die Schulgesetze so verändert werden, daß ein absoluter Rechtsanspruch für alle behinderten und nichtbehinderten Kinder zum Besuch der Regelschulen besteht.

Werner Spring

Eine neue Elternbewegung entsteht: Eltern kämpfen gegen die Aussonderung von Kindern

Wie es dazu kam

Begonnen hat es vor etwa 15 Jahren. Es war in Berlin nach der Studentenrevolte, wo eine kleine Gruppe junger Eltern auf die Idee kam, auch „behinderte" Kinder in ihren „Kinderladen" aufzunehmen. Bald waren Mittel für Räumlichkeiten und Personal für ein auch mit Therapeuten versorgtes „Kinderhaus" in Berlin-Friedenau aufgetrieben, und die nichtaussondernde Betreuung von Kindern „mit besonderen Problemen" konnte beginnen.
Als diese Kinder Mitte der siebziger Jahre schulpflichtig wurden, schaffte es diese Elterninitiative auch, ihre „integrierte" Kindergruppe in eine „Integrationsklasse" der benachbarten Fläming-Grundschule übergehen zu lassen, allerdings erst im zweiten Anlauf: die erste Kindergruppe wurde noch von der Schulverwaltung auseinander sortiert. Mittlerweile ist dieser erste Modellversuch an einer staatlichen Schule zehn Jahre alt.
Ihm folgten im Laufe der Jahre zahlreiche andere, so auch die Integrationsklasse in Schenefeld bei Hamburg, die mit massiver Unterstützung der Berliner Elterninitiative Anfang der achtziger Jahre eingerichtet wurde. Und diese Elterninitiative in Schenefeld war es, die, des vielen Reisens zu informationshungrigen Elterngruppen müde geworden, im Oktober 84 zu einem Treffen nach Bremen einlud. Annähernd 200 Teilnehmer repräsentierten etwa 20 Elterninitiativen aus fast allen Bundesländern.
Mit diesem ersten bundesweiten Treffen wurde die Vereinzelung der weit verstreuten Initiativen aufgehoben. Das Gefühl, mit seinen Problemen nicht allein dazustehen, sondern eine Gemeinschaft mit vielen anderen Eltern zu bilden, war für viele überwältigend. Der Keim zu einem bundesweiten Zusammenschluß war damit gelegt. Er entwickelte sich seitdem kräftig.

Eine Bundesarbeitsgemeinschaft wird gegründet

Zum zweiten bundesweiten Treffen im Mai 85 in Bonn, das unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stand,

waren weit über 400 Teilnehmer aus allen Bundesländern gekommen, vorwiegend Eltern, die annähernd 100 Initiativen vertraten, aber auch viele Erzieher, Lehrer und Wissenschaftler. Dieses Treffen stand unter dem Motto „Auch behinderte Kinder gehören in die Grundschule".
Wichtigstes Ergebnis war die Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft „Gemeinsam leben — gemeinsam lernen. Eltern gegen Aussonderung behinderter Kinder", in der sich auch viele Eltern nichtbehinderter Kinder engagieren.
Gleichzeitig wurde verabredet, daß das Schwergewicht der Arbeit auf noch zu gründenden Landesarbeitsgemeinschaften liegen soll. Bis zum 3. bundesweiten Treffen am 2./3. November 85 in Saarbrücken, also innerhalb eines halben Jahres, war dies geschehen!

In allen Bundesländern gibt es inzwischen Landesarbeitsgemeinschaften bzw. „Quasi-Landesarbeitsgemeinschaften"

Unmittelbar nach dem 2. bundesweiten Elterntreffen in Bonn gründeten die Schleswig-Holsteiner am 1.6. ihre Landesarbeitsgemeinschaft, wobei es in diesem nördlichsten Bundesland inzwischen sogar eine „Kreisarbeitsgemeinschaft Meldorf/Dithmarschen" gibt, die bei ihrer Gründungsveranstaltung nahezu 400 Leute (natürlich auch einige „Gegner" darunter) auf die Beine brachte!
In Bremen entstand am 3.7. auf der Basis von vielen, z.T. namhaften Einzelpersonen und Organisationen die dortige Landesarbeitsgemeinschaft.
Nach der Sommerpause ging es dann Schlag auf Schlag:
14.9. Hessen (ca. 200 Teilnehmer in Gießen), 21.9. Nordrhein-Westfalen (ca. 20 Elterninitiativen waren in Dortmund vertreten), 4.10. Saarland (ausgehend vom Verein „Miteinander leben lernen"), 11.10. Bayern (ausgehend von einer Einrichtung der „Lebenshilfe" in Fürth) und Niedersachsen (21 betroffene Eltern aus verschiedenen Regionen waren anwesend), 12.10. Baden-Württemberg (35 Teilnehmer aus 8 Städten) und 26.10. Rheinland Pfalz (zwei Elterngruppen aus Mainz und Trier schlossen sich zusammen).
Lediglich in Hamburg und Berlin gibt es noch keine offiziellen Landesarbeitsgemeinschaften, wohl auch deshalb, weil es dort bereits Organisationen gibt, die diese Funktion bereits ausüben. In Hamburg wird die Arbeit der zahlreichen Elterninitiativen für die Integrationsklassen (annähernd 20) bereits seit Jahren durch einen „Sprecherkreis" koordiniert und in Berlin gibt es seit Mitte 1984 den Verein „Eltern für Integration", in dem sich zur Zeit etwa 60 Eltern aus allen Berliner Bezirken organisiert haben.

Was wollen wir — „Integration" oder „Nichtaussonderung"?

Was wollen wir eigentlich, wir, die wir uns für ein gemeinsames Leben von „nichtbehinderten" und „behinderten" Menschen, oder besser: Menschen mit besonderen Problemen einsetzen? Wollen wir „integrieren" oder „nicht aussondern", um das Ziel „gemeinsames Leben" zu erreichen? Oder ist das das Gleiche?
Es ist nicht das Gleiche. Es ist ein fundamental anderer Denkansatz derjenigen, die sich für „Nichtaussonderung" entscheiden. Die Geister scheiden sich an der Beurteilung der Wirkung von Sondereinrichtungen im Hinblick auf „Integration", auf Stiftung einer Gemeinsamkeit von „Behinderten" und „Nichtbehinderten", die zur Zeit offensichtlich nicht gegeben ist.
Immer noch gibt es viele, gerade auch in Verbänden, die meinen, über die Förderung in Sondereinrichtungen „Integration" erreichen zu können. Damals, als diese Sondereinrichtungen durchgesetzt wurden, war dies zweifellos ein Erfolg, zumal eine Förderung in Sondereinrichtungen etwa für „geistig Behinderte" allemal besser war, als das berühmte „Sitzen-am-Küchentisch", das Vergessen-Werden von der Gesellschaft. Doch damit war und ist keine „Integration" zu erreichen. Dies zeigen die beschämend geringen Rücküberweisungsquoten aus Sondereinrichtungen, die bei Sonderschulen bei ca. 1% liegen!
Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte zeigt, daß die Regel ist: einmal ausgesondert — immer ausgesondert. Die Stationen des „Sonderzuges" liegen fest: Sonderkindergarten — Sonderschule — (Sonder-)Werkstatt . . . Deshalb gibt es nur eine Möglichkeit, von diesem „Sonderzug" nicht verfrachtet zu werden: Wer für ein gemeinsames Leben ist, muß dafür sein, daß von Anfang an keine Aussonderung erfolgt.
Deshalb hat sich die neue Elternbewegung „Gemeinsam leben — gemeinsam lernen. Eltern gegen Aussonderung behinderter Kinder" genannt. Unsere Kinder sollen nicht irgendwann vielleicht einmal „integriert" werden, sie sollen von Anfang an die für sie eventuell notwendig werdende zusätzliche Förderung (die übrigens jedes Kind einmal gebrauchen könnte) erhalten, ohne daß sie deswegen von den anderen abgesondert werden müssen.
„Integration" heißt „Wiederherstellung eines Ganzen". Wir sind gegen „Integration", weil sie Separation voraussetzt. Wir wollen dieses „Ganze" von Anfang an ganz lassen, damit es nicht später mühsam wieder zusammengeflickt werden muß, was in der Regel mißlingt.
Viele Probleme, mit denen wir heute kämpfen, werden erst durch dieses Aus-

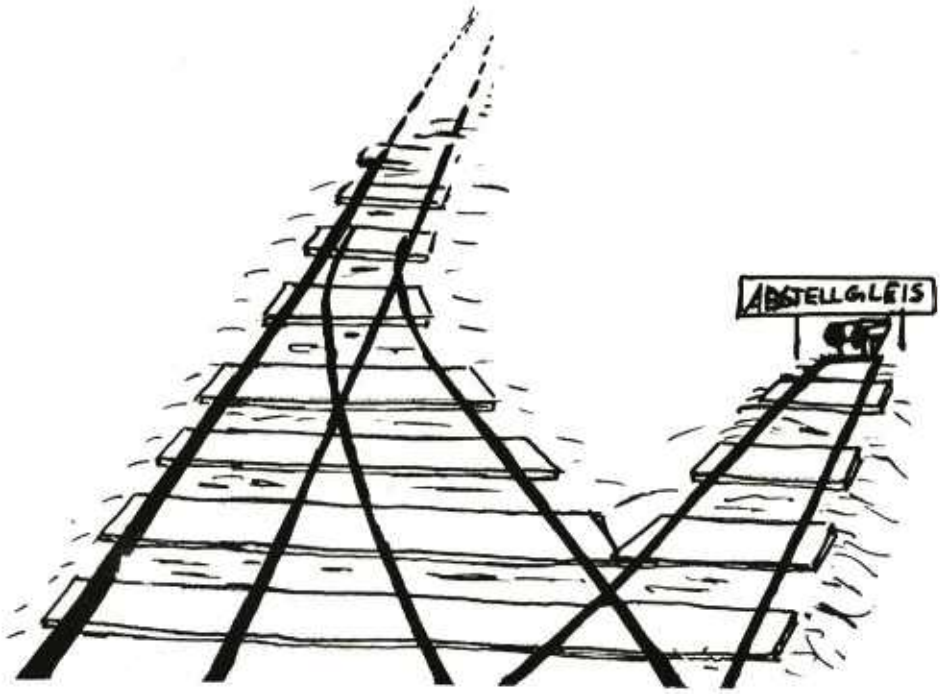
einanderreißen, dieses Aussondern in Sondereinrichtungen verursacht. Es ist widersinnig, Gemeinschaft stiften zu wollen, indem ausgesondert wird.

„Nichtaussonderung" — ein politisches Problem

Nach mehr als 10 Jahren mit Modellversuchen in Deutschland und reichen, positiven Erfahrungen im Ausland (z.B. Skandinavien, Italien, USA), ist die Zeit reif, daß auch in Deutschland nichtaussondernde Betreuung zur Regel wird. Schrieb uns doch im Oktober 84 das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft:

„Die Erfahrungen und Erkenntnisse, die bisher . . . gewonnen wurden, zeigen, daß behinderte Kinder und Jugendliche vielfach auch in Regeleinrichtungen gefördert werden können, wenn sie dort zusätzliche sonderpädagogische Hilfen erhalten. Die Ergebnisse sind ermutigend. Es wird nun darauf ankommen, die gewonnenen Erfahrungen in den Schulalltag einzubringen, damit sie Breitenwirkung gewinnen können. Die Zuständigkeit für diese Übertragung fällt allerdings in die alleinige Verantwortung der Länder der Bundesrepublik Deutschland."

Doch die Bundesländer versuchen, sich auf weitere Modellversuche zurückzuziehen, mit Ausnahme des Saarlandes und von Hessen, wo es gesetzgeberische Bemühungen gibt, eine Breitenwirkung zu erreichen.
Die Nichtaussonderung von Kindern „mit besonderen Problemen" ist inzwischen kein primär fachliches Problem mehr, auch wenn viele verantwortliche Politiker uns dies weismachen wollen, es wird immer mehr zu einem politischen Problem: Wenn die Versuche positiv waren, warum macht man dieses Konzept der nichtaussondernden Unterstützung nicht endlich zur Regel?!
Wenn unsere Politiker es ernst meinen mit ihren Beteuerungen, daß unsere Gesellschaft die Behinderten nicht abschiebt, sondern sich ihrer annimmt, dann sind sie jetzt — nach mehr als 10 Jahren mit Modellversuchen, die gezeigt haben, daß und wie nichtaussondernde schulische Erziehung möglich ist — in der Pflicht, die gesetzlichen und administrativen Voraussetzungen zu schaffen, damit nichtaussondernde Förderung von Menschen mit besonderen Problemen — auch und gerade in der Schule — zur Regel wird.



Modellversuche hatten wir genug. Wir brauchen nicht länger eine Vielzahl von isolierten Projekten, sondern ein großangelegtes Projekt zur Verwirklichung einer „Breitenwirkung" dieses Konzeptes der gemeinsamen schulischen Erziehung.
Nicht, daß es nicht immer noch etwas zu erforschen gäbe. Jedoch die flächendeckende Einführung davon abhängig zu machen, daß jedes Bundesland „seine" Versuche angesetzt, durchgeführt und ausgewertet hat, daß möglichst jedes Problem wissenschaftlich erforscht und abgesichert ist — was gar nicht zu leisten ist! —, das geht doch wohl zu weit, weil es viel zu lange dauert. Unsere Kinder wollen **jetzt** zusammen in die Schule gehen!
Es ist auch ein unhaltbarer Zustand, daß nur diejenigen Eltern für ihre Kinder eine nichtaussondernde Betreuung erhalten, die in der Lage sind, enorm viel Zeit und Kraft zu opfern, um von der Schulverwaltung einen „Modellversuch" abzuringen.
Es ist an der Zeit, daß Schulpolitiker und Schulverwalter umdenken. Die stark strapazierte Zauber-Knet-Formel „Soviel Integration wie möglich, soviel Separation wie nötig", mit der sich jedes politische Handeln — auch unnötig aussonderndes! — legitimieren läßt, hat ausgedient. Nach mehr als 10 Jahren vorsichtigen Abwartens, sollten sich unsere Politiker in Zukunft von folgender Maxime leiten lassen:

ROHO
Trocken-Flotations-kissen
Repräsentanz Dipl.-Kfm. J. Schmekel
Leimbachring 16 · D-6902 Sandhausen
Tel.: 0 62 24/86 48

- Gleichmäßige Druckverteilung.
- Keine punktuelle Maximalbelastung auf den Sitzbeinen.
- Erhebliche Herabsetzung der Gefahr von Druckgeschwüren.
- Langes, beschwerdefreies Sitzen.
- Geringes Gewicht, leichte Reinigung.

Nichtaussondernde Hilfen haben absoluten Vorrang!
(„Fördern ohne Sonderschule", Ulf Preuss-Lausit)

Wer für die Integration „behinderter" Kinder ist, muß für eine weitestgehende nichtaussondernde Förderung von Anfang an sein, sonst wird er unglaubwürdig.
Vom Kindergarten, über die Schule bis hin zum Beruf muß gelten:

Gemeinsam leben — gemeinsam lernen!

Unsere Forderungen — Schwerpunkt: Nichtaussondernde Schule
Neben den Bemühungen, Nichtaussonderung in Kindergarten, Beruf, Freizeit und Wohnen zu vermeiden[5], liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten — übrigens auch vieler Eltern nichtbehinderter Kinder — derzeit darauf, die Aussonderung durch die Schule zu verhindern.
Dazu haben wir kurzfristige und mittelfristige Ziele entwickelt. Mittelfristig fordern wir die Änderung der Schulgesetze der Länder, damit wir Eltern die Möglichkeit bekommen — nach ausführlicher Beratung — zwischen Sonder- und Grundschule für unser Kind zu wählen.
Denn: Nach dem Grundgesetz (Art. 6,2) sind *„Pflege und Erziehung der Kinder . . . die zuvörderst ihnen* (den Eltern, d. Red.) *obliegende Pflicht"*. Daraus läßt sich ein Mitbestimmungsrecht über den Bildungsweg eines Kindes ableiten, wie dies Eltern in den 60er Jahren, was die Wahl der Oberschule anbelangt, gerichtlich erstritten haben (Verbot der „positiven Auslese").
Die vom Bundesverfassungsgericht 1972 geforderte gleichrangige Partnerschaft von Schule und Eltern ist in diesem Bereich nun zu spüren, während bei der Entscheidung Grund- oder Sonderschule allein staatliche Instanzen über den weiteren Bildungsweg unserer Kinder entscheiden. Diese Entmündigung sind wir nicht länger bereit hinzunehmen!
Solange dieses Wahlrecht der Eltern nicht gesetzlich fixiert ist, gilt es kurzfristig auf die Schulverwaltung Einfluß zu nehmen, damit sie ihren Spielraum zur Unterstützung der Nichtaussonderung einzelner Kinder „mit besonderen Problemen" ausnutzt, indem etwa

- bei den betroffenen Klassen geringere Frequenzen akzeptiert werden,
- Sonderpädagogen an Grundschulen vermehrt eingesetzt werden, und
- rechtzeitige und auf den Einzelfall abgestimmte Weiterbildung der betroffenen Grundschullehrer erfolgt.

Dabei sollte eines deutlich werden: Es geht nicht nur um die „armen" Behinderten. Es geht um die Organisation eines Schulsystems, das **allen** Kindern und Jugendlichen gerecht werden kann, mithin um eine kindgerechte und humane Schule.

Der „Gelehrtenstreit", was nun besser sei, Förderung in der Sonder- oder in der Grundschule, geht schon viele Jahre und dürfte noch weitere zahlreiche Jahre anhalten, wenn hier nicht eingegriffen wird. Es ist nicht das Problem „Wer hat Recht?" in diesem Streit, es ist das Problem „Wer ist im Recht über den Lebensweg unserer Kinder an diesem entscheidenden Punkt zu entscheiden?" — nur die Fachleute oder nicht auch, nach ausführlicher Beratung durch diese Fachleute, die Eltern.
Im übrigen: Daß es nach wie vor Eltern geben wird, die eine besondere Betreuung in Sondereinrichtungen für ihr Kind wünschen, scheint mir kein Problem zu sein. Problematisch ist nur, daß der Wunsch vieler, ja immer mehr Eltern (auch „nichtbehinderter" Kinder!) nach gemeinsamem Leben und Lernen ignoriert wird.
Fördern ohne Sondereinrichtungen ist erfolgreich, und der einzige Weg, der zu einer Gemeinschaft von „Behinderten" und „Nichtbehinderten" führt.

Zur aktuellen und politischen Entwicklung

- Die Jugendministerkonferenz empfiehlt in ihrem Beschluß vom 18. September 85 *„den differenzierten Ausbau integrativer Arbeitsformen je nach den örtlichen Gegebenheiten gezielt fortzusetzen"*. Trotz der in dieser Formulierung enthaltenen einschränkenden „Windungen", kann man der Meinung sein, daß die Jugendminister der Länder damit zum Ausdruck bringen wollten, daß die Ausbreitung nichtaussondernder Erziehung im Kindergarten in Zukunft verstärkt von den zuständigen Behörden unterstützt werden sollte.

Die Jugendminister bitten auch die Arbeits- und Sozialminister, die weitere Entwicklung zu fördern, indem vor allem die Finanzierungsfragen für Familien und Träger „sachgerecht" gelöst werden sollten.
Besonders wichtig an diesem Beschluß ist, daß darin die Kultusministerkonferenz aufgefordert wird, *„Möglichkeiten des Übergangs von integrativen Arbeitsformen im Elementarbereich in die Grundschule einschließlich integrativer Lösungen zu erörtern"*.

...na endlich!

Landeshauptstadt Saarbrücken
Sozialamt Behindertenberatungsstelle
Gewerkschaft · Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Saarland

Die Jugendminister von Bremen und Hamburg sind im Sinne dieses Beschlusses bereits aktiv geworden. Bei der Ausweitung der nichtaussondernden Erziehung müssen wir allerdings darauf achten, daß primäres Motiv der politisch Verantwortlichen dabei nicht ist, Geld zu sparen.

- Ende September fand in Worms eine Tagung der GEW statt zum Thema „Fördern statt behindern! Zum Stand von Projekten zur Integration behinderter Kinder und Jugendlicher". Diese Tagung machte wieder einmal deutlich, daß wir in dieser Lehrergewerkschaft einen starken Bundesgenossen haben im Kampf für ein nichtaussonderndes Schulsystem. Besonders hervorzuheben ist die Bereitschaft der GEW, uns notfalls auch vor Gericht beizustehen.

- Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion wurde Anfang Oktober im Ausschuß „Bildung und Wissenschaft" des Deutschen Bundestages eine von allen Parteien (!) getragene Stellungnahme zum Thema „Integration Behinderter" verabschiedet.

Hier der für uns m.E. wesentliche Abschnitt:
„Der Ausschuß teilt die Auffassung, daß zur Weiterentwicklung der integrativen Erziehung weitere Schritte notwendig sind. Um Rückschläge durch noch bestehende Probleme bei der Umsetzung der Erfahrungen aus Modellversuchen zu vermeiden, empfiehlt der Ausschuß, die Bundesregierung aufzufordern, in Abstimmung mit den Ländern der Lösung solcher Probleme besondere Aufmerksamkeit zu widmen . . .
Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft würde es ferner begrüßen, wenn die Arbeitsgemeinschaft Sonderpädagogik bei der Kultusministerkonferenz wiederbelebt werden könnte, um die Ergebnisse der Modellversuche auszuwerten und Vorschläge zur Umsetzung zu machen."
Es ist zu hoffen, bzw.: es ist nun entsprechender politischer Druck zu machen, daß diese politische Willenserklärung aller Parteien auch möglichst schnell unten an der Basis ankommt, dort, wo jetzt noch viele Eltern verzweifelt um die Nichtaussonderung ihres Kindes kämpfen! Nur so wird unsere Gesellschaft ihrem Anspruch gerecht, auch Menschen mit Besonderheiten Teil dieser Gemeinschaft sein zu lassen und die schwarzen Schatten der Vergangenheit, in der Aussonderung für die Betroffenen oft auch den Tod bedeutete, endgültig zu verscheuchen.

Manfred Rosenberger

Bemerkungen und Literaturhinweise:

1. *Die damals verabschiedete „Bremer Resolution" ist immer noch aktuell (vgl. Anhang).*

2. *Der Tagungsbericht mit Referaten von Prof. Dr. Jakob Muth und Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz zur schulorganisatorischen Problematik, von Prof. Dr. med. Jürgen Kühl zur medizinischen Diagnostik und von Prof. Dr. jur. Lutz Dietze zum Thema „Das Recht des behinderten Kindes auf Besuch der allgemeinen Grundschule und das Elternrecht" ist zu beziehen zum Preis von 7,- DM (incl. Versand) über: Eltern für Integration e.V., c/o manfred Rosenberger, Stülerstr. 2, 1000 Berlin 30.*

3. *Kontaktadresse: Manfred Rosenberger, Stülerstr. 2, 1000 Berlin 30.*

4. *Der Tagungsbericht über das 3. bundesweite Treffen ist zu bestellen bei: Klaus Christ, Friedhofsweg 11, 6600 Saarbrücken (voraussichtlicher Preis: 2,- DM plus Versandkosten).*

5. *Das 3. bundesweite Treffen Anfang November 85 in Saarbrücken hat versucht, eine dieses gesamte Spektrum umfassende Grundstruktur für ein „Programm" der Bundesarbeitsgemeinschaft zu formulieren. Vgl. Anm. 3)*

Resolution

Die anwesenden Elterninitiativen, Vereine, Erzieher, Pädagogen und Wissenschaftler bedauern, daß

- die Integration behinderter Kinder in den vorschulischen und schulischen Einrichtungen der BRD noch der Ausnahmefall ist.

Die anwesenden Eltern und die Mitarbeiter der integrativen Einrichtungen kommen aufgrund der praktischen Erfahrungen zu der Feststellung,

- daß gemeinsames Leben und Lernen für alle Beteiligten im vorschulischen und schulischen Bereich äußerst sinnvoll und nützlich ist,

- daß integrative pädagogische Arbeit in Kindergärten und Schulen weder den behinderten noch den nichtbehinderten Kindern in irgendeiner Weise abträglich ist, sondern daß im Gegenteil neue Qualitäten des Miteinanders entstehen.

Die Anwesenden gehen davon aus, daß behinderte Menschen ein **Recht auf ein gemeinsames Leben mit Nichtbehinderten** haben, und zwar nicht nur in Freizeit und Familie, sondern auch in Kindergärten und Schulen ihres Wohngebietes, ebenso wie in der Berufsausbildung und in der Arbeitswelt.
Integration behinderter Kinder ist, das zeigten die hier vertretenen Modelle, nicht nur im vorschulischen, sondern auch im schulischen Bereich erfolgreich.
Integration behinderter Kinder scheitert nicht an den behinderten Kindern selbst, nicht am mangelnden Interesse von Erziehern und Pädagogen und auch nicht am Widerstand der Eltern nichtbehinderter Kinder, die zahlreich in den Elterninitiativen vertreten sind!

- Integration behinderter Kinder scheitert derzeit in allererster Linie an überholten bildungspolitischen Vorstellungen und an den organisatorischen und personellen Gegebenheiten der vorschulischen und schulischen Institutionen!

Die Anwesenden fordern daher alle politischen Entscheidungsträger, insbesondere die Sozial- und Bildungspolitiker der einzelnen Bundesländer, aber auch alle Behindertenverbände und Elternorganisationen auf, Bedingungen zu schaffen, die den behinderten und nichtbehinderten Kindern ein Zusammenleben ermöglichen!

- **d.h. für den Kindergartenbereich: Öffnung aller Kindergärten der staatlichen und freien Träger für Kinder mit Behinderungen durch Schaffung der entsprechenden personellen und organisatorischen Rahmenbedingungen!**

- **d.h. für den Schulbereich: Änderung der Schulgesetzgebung der Bundesländer, damit auch Eltern behinderter Kinder ein Recht auf freie Schulwahl für ihre Kinder haben und beanspruchen können!**

Einrichtung von Integrationsklassen überall dort, wo Eltern und Schulen dies wünschen!

Filmbesprechung

„Die Maske" — ein Integrationsfilm?

In dem Film von Peter Bogdanovich, USA 1985, geht es um einen 16jährigen Jungen mit einer ästhetischen Behinderung und dessen Lebensbereiche. Diese beschränken sich auf seine „Familie" — eine art idealisierte Rockergruppe —, die Schule und ein Ferienlager, die letztlich als Schonräume dargestellt werden.
Auf den ersten Blick wirkt der Bogdanovich-Film beinahe überzeichnet! Beispielsweise durch die erfrischende Darstellung des typischen Arzt-Patient-Verhältnisses: Während sich die Mediziner im Fachjargon über die Gesichtsentstellung von Rocky unterhalten, wirft dieser im selben Jargon gelegentlich Ergänzungen ein. In der nächsten Szene macht Rockys Mutter in ihrer coolen Art dem Schulleiter klar, daß für ihren Sohn eine Sonderschule keinesfalls in Frage kommt. Rocky selbst verabschiedet sich von dem verdatterten Direktor selbstbewußt: „Ich seh zwar wie Frankenstein aus, doch sonst bin ich okay."
Dieser gag-reiche Filmbeginn, unterstützt durch viele sehr kurze Blenden auf Rockys Antlitz, soll —so scheint es — die Konfrontation der Zuschauer mit dem maskenhaften Gesicht abmildern. Irgendwie wirkt Bogdanovichs Auseinandersetzung mit Behinderung wie eine unreale Realität: Hinter der coolen und herzlichen Art, die die Rockermitglieder Rocky entgegenbringen, verbergen sich — meinem Eindruck nach — Überbehütungstendenzen. So z.B. auf einem Rummelplatz, wo man — übrigens bezeichnenderweise — außer Rocky und dem Rocker-Clan keine weiteren Passanten sieht. Als die Fahrgeschäfts-Betreiber ihn nicht fahren lassen wollen, greift seine „Familie" auf ihre handfeste Weise ein.
Die an sich unerwartete Passivität von Rocky paßt jedoch in dieses Filmkonzept, das sich an den üblichen Klischeevorstellungen orientiert: körperliche Behinderungen bzw. Entstellungen etc. könnten durch geistige Überlegenheit ausgeglichen werden.
Rocky bekommt die Folgen einer solchen Überlegenheits-Integration zu spüren. Trotz seiner schulischen Leistungen bleibt er draußen und sieht sich von den Mädchen unbegehrt. Als er dies gegenüber seiner forschen Mutter erwähnt, versucht sie dieses Problem dadurch zu lösen, daß sie ihm eine Nutte ins Zimmer stellt. Doch Rocky will keine bezahlte Liebe, sondern einfach eine Freundin, die ihn auch mit seinem monsterhaften Gesicht mag — woran seine Mutter offenbar nicht gedacht hat.

Nun ergreift Rocky die Initiative. Nach einem Streit mit seiner kumpelhaften Mutter wegen ihres Lebenswandels fährt er in ein Ferienlager, um blinde Kinder und Jugendliche zu betreuen. Der aufmerksame Zuschauer bzw. Leser ahnt wahrscheinlich schon Rockys oder vielmehr Bogdanovichs Hintergedanken. Es kommt, wie es kommen muß: Zwischen der hübschen und blinden Diana und Rocky entwickelt sich eine Freundschaft. Dabei kommt er nicht umhin, sein Aussehen zu beschreiben bzw. befühlen zu lassen. Rocky läßt dies — nach einer scherzhaften Behauptung, er sei schön wie Adonis — zögernd und durch ihre Ermunterung geschehen. Auch wenn sie diese „Entdeckung" relativ schnell zu verkraften schien, war dies doch eine der ehrlichsten Szenen.
Im weiteren Filmverlauf — der dramatisch wirkt — geht es vor allem um Rockys Freundschaften zu Diana und zu Ben, mit dem er seit Jahren eine Motorrad-tour durch Europa plant. Dieses Vorhaben und die keimende Beziehung zu Diana scheinen ihm Lebenskraft zu geben.
Waren bislang Situationen, die sich nicht mit der Überlegenheits-Masche bewältigen ließen, fast ausgespart, so werden sie nun in die Handlung miteinbezogen. Doch wohl weniger der Realitätsbezogenheit wegen, sondern mehr aus regietechnischen Gründen: Bogdanovich läßt Rocky an Alltäglichkeiten verzagen.
Zunächst erfuhr er von Diana, daß ihre Eltern ihn nicht als ihren Freund akzeptieren. Während Rocky diese Erfahrung ganz gut zu verkraften schien, brachte ihn das Platzen des Europa-Tour-Traumes durch Bens Rückzieher völlig aus der Fassung.
Daß die Story mit Rockys Tod endet, erscheint einem zunächst ziemlich überraschend. Doch wenn man sich die seichte Auseinandersetzung mit dieser Thematik vergegenwärtigt, dann ist eigentlich gar kein anderes Ende denkbar. Trotzdem oder gerade deshalb ist dieser Film sehenswert, wird man doch als aufgeschlossener Kinobesucher dazu angeregt, über Schein-Integration nachzudenken und mit anderen darüber zu reden. Bleibt die Frage, was Bogdanovich mit seinem Film tatsächlich ausdrücken will.

Werner Müller

Buchbesprechung

Einfach so

„Die Entscheidung für oder gegen eine Sterilisation ist für mich auch nicht leichter, als für viele nichtbehinderte Frauen. Aber das wird Frau Dr. X. nie begreifen. Deutlich wird das an ihrem lockeren Vorschlag, mir die Gebärmutter rausnehmen zu lassen. Einfach so."

Das Buch „Geschlecht: behindert — besonderes Merkmal: Frau" setzt mit der Auseinandersetzung eine Stufe früher an als die Literatur nichtbehinderter Frauen.
Im Bemühen um eine Rollendarstellung der behinderten Frau stößt man zunächst auf ein geschlechtliches Vakuum. Als umfassendste Kategorie wird zunächst der Qualitätsstempel „Behinderter", zur näheren Klassifizierung dann Rollstuhlfahrer, Spastiker, Hinkebein usw. herangezogen. Wer es dann noch genauer wissen will, kann als zusätzliches Beschreibungsdetail das Geschlecht — männlich oder weiblich — erfahren. Das Geschlecht — wichtigstes Unterscheidungsmerkmal und bewährtestes Zuschreibungskriterium, verliert beim „Rollstuhlfahrer" an Bedeutung und Aussagekraft.

„Wir Krüppelfrauen sind Frauen, die behindert sind, wir werden aber als Behinderte behandelt, die nebenbei weiblich sind. Behinderte gelten als eine Gruppe zwischen Frauen und Männern, als eine Gruppe zwischen den Geschlechtern, die dritte Gruppe zwischen Frauen und Männern" (S. 8).

Das Buch beschreibt in autobiographischen Berichten den zwiespältigen, zum Teil erdrückenden Umgang des „gesunden" Durchschnittsbürgers mit körperlicher Behinderung, zeitigt Dokumente der Vertreibung des „Erwerbsunfähigen" aus der Leistungsgesellschaft, die Aussonderung sexuell Unattraktiver und potientiell Unpotenter aus den Gefilden des Fleisch- und Beziehungstauschmarktes.
Das unentschiedene Erziehungsverhalten der Eltern, speziell der Mutter, welche einer behinderten Tochter nicht in traditioneller Weise ihre Rolle als Mädchen, noch weniger als Frau, ausgestalten kann, da auch nur ein Repräsentant gesellschaftlicher Werte und Wertvorurteile — steht hier vor einem Rätsel und schlägt oft sehr skurrile Lösungswege ein. Mit geschickten Textilarrangements, orthopädischen Hilfsmitteln, Schönheitstricks sollen deformierte Beine und Wirbelsäulen, nicht vorhandene Gliedmaßen, künstliche Darmausgänge vertuscht werden und damit der Anschein von Normalität vermittelt werden, solange das Nervenkostüm hält. Diese Anstrengungen, sich mit viel Energieaufwand vor der heiligen Kuh „Normalität" zu verbeugen, wird denn auch mit Wohlwollen honoriert — „so ein nettes und hübsches Mädchen, wie schade, daß . . . ". Wie schade, daß . . . zeigt den Grenzbereich an, den kritischen Bereich.
Wie schade, daß . . . beinhaltet nicht nur das Bedauern, daß diejenige kein normales Leben führen, keinen Mann glücklich machen kann, keinen Nachwuchs großziehen kann, sondern auch die Erwartung, daß ein Mensch in diesem Zustand derlei Aktivitäten anständigerweise unterläßt.
Verstöße wider diese gesellschaftlichen Toleranzschwellen werden mit unglaublicher Ignoranz (dargestellt am Beispiel des Umgangs von Ärzten, Krankenschwestern und Behörden gegenüber schwangeren Krüppelfrauen) oder oft geheuchelten Lobreden auf den nichtbehinderten Partner quittiert, insbesondere, wenn das weibliche Pendant behindert ist.
Das Buch greift einige heiße Eisen weiblicher Normalbiographien auf, wie § 218, Vergewaltigung, Sterilisation usw., die im Krüppelfrauendasein oft noch eine Steigerung erfahren, in Bezug auf demütigende Reaktion der Umwelt und Auseinandersetzungsverhalten in der unteren Gürtellinienzone.
Als Krüppelfrauen auch von den feministischen Gruppen irgendwie ausgegrenzt und umgangen, ist dieses Buch Molotow, geschleudert gegen das Rückgrat unserer Gesellschaft: die Familie und ein freundschaftlicher Tritt in den Hintern derjenigen Frauen, die nicht wußten, daß Krüppelfrauen auch Frauen sind.

Inge Plangger

Das Buch „Geschlecht: BEHINDERT — besonderes Merkmal: FRAU" von C. Ewinkel, G. Hermes u.a. ist bei der AG SPAK (M68) erschienen und kostet DM 15,-

MEYRA
ROLLSTÜHLE UND REHABILITATION

LEICHTGEWICHT-ROLLSTUHL AUS ALUMINIUM FÜR REISELUSTIGE

MEYRA
ROLLSTÜHLE UND REHABILITATION

DAMIT DIE HOLPERSTRECKE NICHT ZUR STOLPERSTRECKE WIRD

Diese und viele andere Modelle finden Sie stets bei uns

Stortz
IHR SANITÄTSHAUS
5000 Köln 1 · Fleischmengergasse 49-51
Telefon (0221) 235212

LESERBRIEFE

Herrn Ullrich, Malteser-Hilfsdienst

Betr.: Fahrdienst für Behinderte

Sehr geehrter Herr Ullrich,

mein Sohn ist seit ca. 5 Jahren Rollstuhlfahrer und wir wohnen in einem sog. Behindertenhaus. Die häufigen Klagen von Bekannten über den Fahrdienst konnten wir nicht so recht nachvollziehen, bei uns klappte es bisher, wenn man von erheblichen Verspätungen absah, oder von Fahrten, die gar nicht erst angetreten werden konnten, weil halt wieder mal alles schon vergeben war! Das schluckt man eine Weile — irgendwie . . .

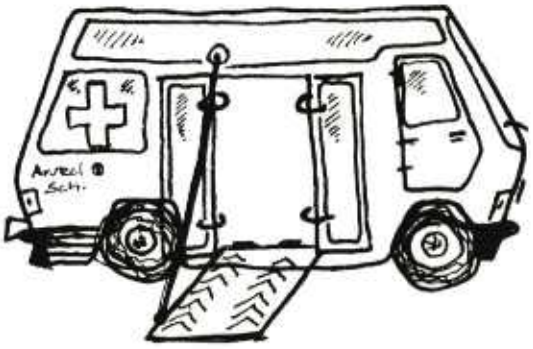
Mein Grant entwickelte sich langsam, nachdem immer mehr die Ausnahmen zur Regel wurden und Fahrten immer häufiger nicht angetreten werden konnten, weil entweder die Hin- oder Rückfahrt nicht annähernd zum benötigten Zeitpunkt zu erhalten waren. Das heißt für einen Behinderten, die vielgepriesene „Teilnahme am Leben" — große Fehlanzeige!

Am 9.11. wollte ich für den 23.11. eine Fahrt bestellen (welcher Gesunde muß sich schon 2 Wochen vorher um ein Taxi bemühen, um überhaupt fahren zu können? Von einem Behinderten wird das offenbar verlangt; spontane Ausgehwünsche kann er sich eh abschminken, wenn er auf den Fahrdienst angewiesen ist), ich wählte mir den Finger wund, keiner hob ab — ewig Freizeichen — zwischendurch mal besetzt. Am Abend wurde es mir zu blöd und ich rief die Auskunft an: „Nein, keine Änderung dieser Nummer". Die Störungsstelle konnte auch nicht weiterhelfen, ich solle morgen wieder anrufen. Also, am 10.11. wieder wählen, wählen — Freizeichen — keiner hebt ab. Ich dachte, Brotzeit, Pinkelpause, alles o.k., aber irgendwann muß doch einer hingehen — ging aber nicht. Verzweifelter Anruf bei einem Bekannten, der auch schon dauernd versuchte, anzurufen und mir den Rat gab: „Ruf doch mal den Ullrich an und beschwer dich, der ist aber erst am Montag da." Wer hat schon „dem Ullrich" seine Nummer? Die wurde nie offiziell mitgeteilt. Er hatte und ich rief dort an (obwohl es Sonntag war und auch meine mir als ganztags Berufstätige gesetzlich zustehende Freizeit, die ich mit Fahrdienstanrufen verplempern durfte) . . . Ich traute meinen Ohren nicht, es kam eine Ansage, man solle die Nr. 4360122 wählen, ich tats und hatte — nicht den Herrn Ullrich, sondern — endlich den Fahrdienst!

Ich war stocksauer, daß man nicht schon auf die 4313016, der allgemein bekannten Nummer, eine Ansage schaltete — daß weder Auskunft noch Störungsstelle von dieser Änderung informiert waren und daß man den Behinderten nicht schon vorher mitteilte, daß sich die Nummer ändert — es haben viele vergeblich angerufen, wie ich erfahren habe.

Da kam es mir schon zynisch vor, daß am 29.11., also nach 3 Wochen, eine Mitteilung über die Nummernänderung im Briefkasten lag!

An diesem 29.11.85 passierte dann auch noch



der schärfste Hammer! Die gebuchte und beinahe zeitmäßig passende Fahrt konnte zwar angetreten . . . aber der Reihe nach . . .

Die Hinfahrt war für 18 Uhr ab Milbertshofener Straße nach Ottobrunn, die Rückfahrt für 22.30 Uhr bestellt, lt. Funker ging das o.k. Nun kam aber der Schnee, und ich rief um 18.30 Uhr an, mit wieviel Verspätung man rechnen müsse, ich hätte auch einen Termin und müsse weg. Ich erfuhr, der Wagen müsse bald kommen, vor einer Viertelstunde sei er vom Dom-Pedro-Platz abgefahren. Na, ja, um 18.50 kam er dann — mit vielen Entschuldigungen — ich verstand das ja auch. Aber wofür ich und auch mein Sohn absolut kein Verständnis mehr aufbringen, ist, daß man meinen in Richtung Ottobrunn geglaubten Sohn nach ca. 15-20 Minuten wieder brachte! Ich dachte, es sei was passiert — Unfall, Anfall — und mußte vor Aufregung meinen eigenen Termin absagen. Die Fahrer meinten, sie könnten nichts dafür, sie hätten unterwegs den Auftrag bekommen, schnell nach Allach, also wieder in die entgegengesetzte Richtung, zu fahren, zwei Behinderte dort abzuholen, die heimzubringen und dann erst meinen Sohn weiter nach Ottobrunn zu fahren. Da die Rückfahrt für 22.30 Uhr gebucht war, wäre dies zeitlich nie mehr aufgegangen — eine Stadtrundfahrt, aber ansonsten ein schlechter Witz. Mein Sohn war gezwungenermaßen mit dem Heimbringen einverstanden — Teilnahme am Leben!

Und da frage ich Sie nun: Woran liegen solche Pannen? Fehlt es an der Planung, an der Koordination — oder an was sonst? Warum wird der Fahrzeugpark an den Wochenenden so stark reduziert? Auch Behinderte haben das Bedürfnis und das Recht, am Wochenende auszugehen!

Meines Wissens steigt zwar die Zahl der Berechtigten stetig (dank ärztlicher „Überlebens"kunst, aber auch durch mehr Information der Betroffenen über ihre Rechte usw.), nur der Fahrzeugpark des Fahrdienstes stagniert bzw. wird an den Wochenenden sogar um ca. die Hälfte reduziert, anstatt sich der Entwicklung anzupassen.

Ich bitte Sie dringend, dafür zu sorgen, daß Mißstände wie die geschilderten abgestellt werden und die vielzitierte Hilfe für Behinderte nicht nur leeres Gerede bleibt.

Es müßte die Möglichkeit geschaffen werden, daß Behinderte, die „umsetzen" können, sich ein Taxi rufen, das dann mit dem Fahrdienst abrechnet, das wäre billiger und effektiver.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Folger

P.S. Mir liegt nicht daran, den letzten im Glied, den Zivildienstler am Funk oder im Fahrzeug, in die sprichwörtliche Pfanne zu hauen, das Problem müßte meines Erachtens woanders angepackt werden.

Da der Fahrdienst ab 1.1.83 von der Stadt München geführt wird, Kopien zur Kenntnis an: OB Kronawitter, LA Max Weber, Stadträte Keyer und Maget, BA Andert, SZ, CeBeeF, Luftpumpe

Offener Brief an alle Leserinnen der LUFTPUMPE

Zutiefst traurig und enttäuscht von den Leserinnen habe ich mich entschlossen, diesen vielleicht nicht alltäglichen Weg zu wählen, um Euch, liebe Mitstreiterinnen, für ein vorurteilsfreies Leben zu erreichen.

Um was geht es?

Nun, ich habe jetzt zweimal in der Luftpumpe inseriert, daß ich eine Freundin suche. Ich bekam keine Antwort, so wie es mir in den letzten Jahren dutzendemale ging, wenn ich auf ein Inserat von einer Frau/Mädchen antwortete, die behindert war. An was liegt dies wohl? Ist es wirklich so, daß eine behinderte Frau mit einem behinderten Mann nicht befreundet sein will?

Ich sehe es so, ich bin behindert und habe auch den Wunsch nach Freundschaft und späterer Partnerschaft. Was ist daran so ungewöhnlich? Wir Behinderte können genauso lieb und zärtlich sein wie sogenannte Nichtbehinderte. Wenn mir das nicht schon des öfteren passiert wäre, daß ich Briefe bekomme, die dann in etwa so lauten: „Da ich selbst behindert bin, will ich nicht noch einen behinderten Freund" oder „Eigentlich bin ich gar nicht behindert". Besonders dieser blöde „Ich bin nicht so behindert"Krampf geht mir auf den Geist. Wir wehren uns, und das zurecht, wenn Leute mit Sprüchen wie „Dich hat der Adi (Adolf Hitler) auch vergessen" und einige von uns, besonders die Frauen, sind vollgespickt mit den schlimmsten Vorurteilen, die wir bei anderen anprangern. Könnt Ihr Euch eigentlich vorstellen, was in meinem Kopf vorgeht, wenn ich von meinen eigenen Mitkämpferinnen für ein besseres Leben ausgegrenzt werde? Vielleicht fühlen sich nun auf meinen Brief einige zu Unrecht angesprochen, bei diesen möchte ich sagen, Euch meinte ich nicht, sondern die Geschlechtsgenossinnen von Euch, die auf den „schönen Prinzen aus dem Märchenland" warten. Wir Behinderte brauchen aber keine Prinzessinnen und keine Prinzen, sondern Frauen und Männer, die unabhängig von der Behinderung sich und anderen helfen. Vielleicht meldet sich nun eine Frau bei mir.

Hier meine Adresse für nette, böse oder kritische Briefe: Werner Plapp, Waldeckstr. 1/0, 8000 München 90

Impressum

Herausgeber:
CeBeeF-Club Behinderter und ihrer Freunde
in Köln und Umgebung e.V.,
Pohlmannstr. 13, 5000 Köln 60

Verlag:
Verein zur Förderung der
Emanzipation und Integration
Behinderter und Nichtbehinderter e.V.,
Barlachstr. 30/I. links, 8000 München 40

Redaktion Köln:
Lothar Sandfort, Pohlmannstr. 13, 5000 Köln 60

Redaktion München:
Werner Spring, Barlachstr. 30/V,
8000 München 40
☎ 089/30 31 48

Redaktion Berlin:
Interessengemeinschaft behinderter
und nichtbehinderter Studenten Berlin,
c/o Peter Dietrich, Gustav-Müller-Str. 41
1000 Berlin 62.

Abo- und Anzeigenverwaltung:
Marie-Luise Kalchschmid, Sudetenstr. 13
8034 Germering
☎ 089/841 55 65

Gültig ist die Anzeigenpreisliste vom 1.9.1983

Konto:
LUFTPUMPE
Konto-Nr. 100 106 224
Raiffeisenbank Germering
BLZ 701 693 80

V.i.S.d.P.:
Lothar Sandfort
Geberstr. 44
5204 Lohmar 1
und Carl Friedrich Ingenmey
Neuenhöfer Allee 104, 5000 Köln 41.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Einzelpreis: DM 2,-
Abonnement: DM 16,- (10 Zeitungen)
Probekassette: DM 5,-
Abo-Kassette: DM 30,- (10 Kassetten)
Abonnement im Mitgliedsbeitrag enthalten

Erscheinungsweise:
6 × jährlich

Layout:
Redaktion München
Bert Hanisch (Kölner Beiträge)

Satz:
SATZWERKSTATT, Welfenstr. 12
8 München 90, Tel. 089/448 92 45

Druck:
ULENSPIEGEL Druck GmbH, Winterstr. 4,
8 München 90, Tel. 089/651 89 84

Das Titelbild wurde uns dankenswerterweise
kostenlos überlassen.

Luftpumpe-Abonnement

○ Ich abonniere die Luftpumpe zunächst für 10 Ausgaben

Wenn ich das Abonnement nicht vor Erhalt der 9. Zeitung kündige, verlängert sich das Abonnement automatisch.

Dafür habe ich DM 16,—

○ überwiesen auf das Konto: Luftpumpe, Kto-Nr. 100 106 224 Raiffeisenbank Germering, BLZ 701 693 80

○ als Scheck beigelegt

Name _____

Straße _____

Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bitte mit 0,60 DM frankieren

Marie-Luise Kalchschmid

Sudetenstr.13

D-8034 Germering

○ Ich bestelle eine Probekassette der Luftpumpe für Blinde für DM 5,—

○ Ich abonniere die Luftpumpe für Blinde zunächst für 10 Ausgaben (DM 30,—)

Die Kasette muß 3 Wochen nach Erhalt wieder zurückgeschickt werden. Wenn ich das Abonnement nicht vor Erhalt der 9. Kasette kündige, verlängert sich das Abonnement automatisch.

Ich habe den zu zahlenden Betrag

○ überwiesen auf das Konto: Luftpumpe, Kto-Nr. 100 106 224 Raiffeisenbank Germering, BLZ 701 693 80

○ als Scheck beigelegt

Name _____

Straße _____

Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bitte mit 0,60 DM frankieren

Werner Spring

Barlachstr. 30

D-8000 München 40

B 3840 F

Luftpumpe · Barlachstr. 30/1. Stock links · 8000 München 40
Postvertriebsstück Gebühr bezahlt

Kölner Treff

HERTIE

modern freundlich attraktiv!

Z 4564R

Neu am Neumarkt

Für Sie und Köln ein neues HERTIE.

Alle Etagen rollstuhlgerecht!

Direkter Zugang von der U-Bahnstation Neumarkt